

Berlin, Juli 2008

Liebe Mitstreiterinnen, liebe Mitstreiter!

Wie in jedem Jahr stehen wieder die Vorbereitungen der Medaillenverleihung der Internationalen Liga für Menschenrechte an.

Aus diesem Anlass bitten wir Euch ganz herzlich, knapp und klar begründete **Vorschläge zu zivilcouragierten Kandidaten für die Medaille 2008 spätestens bis zum Donnerstag, 15. August 2008** an unser Liga-Büro in der Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin per Post oder per email einzureichen.

Die **Kuratoriumssitzung zur Nominierung des oder der in diesem Jahr zu ehrenden, findet am Sonntag, 30. August, ebenfalls im Liga-Büro** statt.

Anlässlich des 60. Jahrestags der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, am 10. Dezember 2008, erfolgt die **Medaillen-Verleihung am 7. Dezember 2008, um 11:00 Uhr, im Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin.**

Die Verleihung an diesem bekannten Ort knüpft nicht nur an unsere alte Tradition an, sie soll auch zum 60. Jahrestag ein deutliches Zeichen setzen und uns als Mahner öffentlich werden lassen, wie dringlich noch immer die konsequente Achtung der universellen Menschenrechte weltweit gefordert werden muss.

Nach wie vor ist die Internationale Liga für Menschenrecht als politisch unabhängige Organisation auf Spenden angewiesen, um die regelmäßig anfallenden Kosten für Büro, Druck des Reports, politische Aktionen und Veranstaltungen – nicht zuletzt auch die Festveranstaltung der Medaillenverleihung – finanzieren zu können. Aktive ehrenamtliche Arbeit ist seit je her der wichtigste Beitrag zur Präsenz der Liga,

und das heißt der zivilen und sozialen Menschenrechte in der Öffentlichkeit.

In den letzten Jahren erweist sich mit bedrückender Brisanz, dass die Partizipation am gesellschaftspolitischen Geschehen und vor allem die Wirksamkeit unserer Interventionen, auch von unserer Finanzbasis abhängen.

Wir bitten deshalb auch in diesem Jahr noch einmal um rechtzeitige Beitragszahlung und appellieren, an alle Freunde der Liga, denen es möglich ist, eine großzügige finanzielle Unterstützung unserer kleinen Organisation zu prüfen.

Der Vorstand

Berlin, Juli 2008

**Einladung zur
außerordentlichen
Liga-Mitgliederversammlung 2008
am Samstag, den 30. August 2008,
ab 14 Uhr
im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin, Greifswalder
Str. 4, 10405 Berlin**
Einladung an die Mitglieder liegt bei.

„Man muss das Unrecht auch mit schwachen Mitteln bekämpfen“

(Bertold Brecht, Aufsätze über den Faschismus)

Diese Verpflichtung gilt – mit leider wieder zunehmender Dringlichkeit – nach wie vor. Die Liga versucht, ihr nachzukommen und ist auf Ihre Hilfe angewiesen. Wir bitten deshalb um Spenden auf

**Bank für Sozialwirtschaft,
Kto 33 17 100; BLZ 100 205 00**

Inhalt

<p>Einleitung 1</p> <p style="text-align: center;">Hintergrund-Themen: Bundesrepublik</p> <p>Der Risikofaktor Arbeitnehmer (Rolf Gössner) 3</p> <p>Fremdkörper in der Demokratie (Rolf Gössner) 4</p> <p style="text-align: center;">Gedenken, Erinnern, Trauern</p> <p>Gedenktafel für Hellmut Gerlach (Dr. Christine Kirschstein) 6</p> <p>Aktuelles zu Berliner Aufarbeitungen der NS- Geschichte (Reinhard Strecker) 8</p> <p>T4 (Marianne Reiff-Hundt) 15</p> <p style="text-align: center;">Verfassungsschutz-Beobachtung</p> <p>Dauerbeschattung von Dr. Gössner durch den Verfas- sungsschutz beenden (VS – Verband Deutscher Schriftsteller) 16</p> <p>Liga-Pressemitteilung: Geheimdienstlicher Überwachungsskandal: ein Fall für den Bundesrechnungshof 17</p> <p>Sinnlose Verschwendung von Steuergeldern (Volker Junck) 17</p>	<p style="text-align: center;">Rechtsradikalismus</p> <p>Pressemitteilung: Liga verurteilt rechtsradikale Dro- hungen aus dem „Kommando Spezialkräfte“ 18</p> <p style="text-align: center;">Prozessbeobachtung: Gewalt gegen Asylbewerber</p> <p>Dessauer Prozess gegen zwei Polizeibeamte 20</p> <p style="text-align: center;">Iran</p> <p>Menschenrechtsverletzungen im Windschatten der aktuellen Diskussionen (Arni Mehnert) 20</p> <p>Petition „Stopp! Inhaftiert nicht Abed Tavancheh (Übersetzung aus dem Englischen) 21</p> <p style="text-align: center;">Verschiedenes</p> <p>Wie manchmal doch etwas zustande kommt – Grundrechte-Report 2008 (Eckhart Spoo) 22</p> <p>Theodor-Heuss-Medaille 2008 26</p> <p>Aufruf zu europaweiten Demonstrationen gegen Überwachung 27</p> <p>Termine & Veranstaltungen 29</p> <p>Impressum 29</p>
--	---

Thema: Bundesrepublik



Juni/Juli 2008

ROLF GÖSSNER

Der Risikofaktor Arbeitnehmer

Wir sind auf dem Weg in eine Überwachungs- und Kontrollgesellschaft. Das zeigen die zahlreichen Bespitzelungsskandale in der Privatwirtschaft mit aller Deutlichkeit: ob bei der Fast-Food-Kette Burger King, bei Lidl oder anderen Discountern, die ihre Angestellten systematisch bespitzeln und mit versteckten Kameras ausforschen, ob bei Novartis oder Lufthansa – und nicht zuletzt bei der Telekom, wo der dreiste Missbrauch von Vorratsdaten und die Verletzung des Fernmeldegeheimnisses den kriminellsten Supergau der Telekommunikationsbranche auslöste. Das wirklich Beängstigende: Diese Skandale sind keineswegs bedauerliche Einzelfälle krimineller Energie, nein, sie haben System. Die meisten Aufträge aus der Wirtschaft zielen nach Angaben des Bundesverbands der Detektive darauf ab, das Verhalten der Arbeitnehmer auszuforschen. Es geht dabei nicht nur um die Aufdeckung von Warenklau und Korruption, um die Abwehr von Geheimnisverrat und Wirtschaftsspionage, sondern auch um verdächtige Gewerkschaftszugehörigkeit und Verhinderung von lästigen Betriebsräten – und nicht zuletzt um Arbeits- und Leistungskontrolle. Kurz: Arbeitnehmer gelten als Risikofaktoren.

In der Arbeits- und Wirtschaftswelt haben sich längst vernetzte Überwachungszonen herausgebildet: Werkschutz- und Kontrollsysteme, die über externe Detekteien und private Sicherheitsfirmen organisiert oder von abgeschotteten Geheimabteilungen

betrieben werden. Dort arbeiten viele Ex-Bedienstete aus Geheimdiensten, Polizei oder Bundeswehr. Der Übergang von staatlicher und betrieblicher Überwachung ist fließend und die geheime Verflechtung der Sicherheitsinteressen undurchdringlich.

Es droht ein unkontrollierbarer Staat im Staate – ein undemokratischer Wirtschaftssektor mit eigenen Sicherheitsorganen in einem demokratischen Rechtsstaat, der im Übrigen längst nicht mehr ist, was er laut Lehrbuch sein sollte. Ein ausufernder Antiterrorkampf bescherte uns eine besorgniserregende Einschränkung der Freiheitsrechte und Entgrenzung staatlicher Gewalten. Polizei- und Geheimdienstbefugnisse wurden ausgeweitet, Sicherheitsüberprüfungen von Arbeitnehmern auf "lebens- und verteidigungswichtige" Betriebe ausgedehnt, biometrische Daten in Ausweispapieren erfasst und Migranten unter Generalverdacht gestellt. Das Bundeskriminalamt soll zu einem deutschen FBI ausgebaut werden, dem heimpolizeiliche Präventivbefugnisse zustehen. Polizei und Geheimdienste werden mehr und mehr verzahnt, und die Bundeswehr mutiert zur nationalen Sicherheitsreserve, die auch im Landesinnern eingesetzt wird. Der entfesselte Sicherheitsstaat im permanenten Ausnahmezustand rückt in greifbare Nähe.

Parallel zu diesem System der "Inneren Sicherheit" hat sich ein spezielles Überwa-

chungssystem im Sozialwesen herausgebildet: Mit oft rigiden Melde- und Nachweispflichten werden Empfänger von Arbeitslosengeld II unter den Verdacht des potentiellen Leistungsmissbrauchs gestellt. Die behördliche Neugier macht vor kaum einem Lebensbereich der Betroffenen halt. Mit teils inquisitorischen Fragen in den Erfassungsbögen, mit Kontroll-Hausbesuchen und dem Abgleich hochsensibler Daten mit Fremddateien greift der Staat tief in den Sozialdatenschutz und damit in die Privatsphäre von Langzeitarbeitslosen ein.

Wer wundert sich angesichts dieser Art von Sicherheits- und Kontrollpolitik, dass auch in der Wirtschaft die Kontrollwut immer stärker um sich greift. An Ethik und Gesetzestreue der Unternehmer appellieren ausgerechnet jene Sicherheitspolitiker, deren Unrechts- und Datenschutzbewusstsein längst abhanden gekommen ist. Jedenfalls verweist die hohe Anzahl von Gesetzen und Maßnahmen, die in letzter Zeit vom Bundesverfassungsgericht für illegal erklärt werden mussten, auf ein katastrophales Verfassungsbewusstsein in der politischen Klasse.

Was also tun? Mit Selbstverpflichtungen zur Einhaltung des Datenschutzes ist es nun wirklich nicht getan. Wirksamer wäre es, die Datenschutzkontrolle zu verstärken und die lächerlich niedrigen Bußgelder im Fall von Datenmissbrauch drastisch zu erhöhen. Und im staatlichen Sektor? Hier sollte der Telekom-Skandal genutzt werden, die gesetzlich erzwungene Vorratsspeicherung von Massendaten wieder zu kippen, mit der Telekommunikationsbetriebe zu Hilfspolizisten gemacht und dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet wurde. Und wir brauchen eine Diskussion über das Problem ausufernder Überwachung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, in der Bürgerrechte nur noch inhaltslose Hüllen sind. Wir brauchen eine Generalrevision aller Notstandsgesetze für den Alltag, die im Namen der Terrorismusbekämpfung erlassen wurden. Gewerkschaften, Datenschützer und Bürgerrechtsgruppen sind hier besonders gefordert, diesem gefährlichen Treiben endlich Einhalt zu gebieten.



Berlin/Hannover 17.05.2008 – Nr. 10/2008
(www.sopos.org/ossietzky)

Rolf Gössner

Fremdkörper in der Demokratie

Schon wieder haben die Wiederholungstäter des Auslandsgeheimdienstes illegal gehandelt – eigenmächtig, angeblich an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes (BND) vorbei. Monatelang forschten sie die E-Mail-Korrespondenz einer Journalistin mit einem afghanischen Minister aus und speicherten sie – nachdem sie zuvor schon Journalisten jahrelang sys-

tematisch bespitzelt hatten. Wieder sind die parlamentarischen Kontrolleure die letzten, die davon erfahren haben. Nun missbilligen sie die Geheimaktion und reden von „gestörtem Vertrauen“.

Vertrauen der Kontrolleure in die Behörde, die sie kontrollieren sollen, ist deplaziert, erst recht, wenn es

sich um einen Geheimdienst handelt, denn demokratische Kontrolle ist institutionalisiertes Misstrauen, das angesichts der Geschichte des BND und auch des Verfassungsschutzes, die sich jeweils als Skandalgeschichte schreiben lässt, in hohem Maße gerechtfertigt ist.

Doch ist das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG), das die bundesdeutschen Geheimdienste kontrollieren soll, eine taugliche Institution des Misstrauens? Daran darf gezweifelt werden.

Die meisten der neun Mitglieder des geheim in einem abhörsicheren Raum tagenden Parlamentarischen Kontrollgremiums wissen von der Vergeblichkeit einer öffentlichen Kontrolle ein garstig Lied zu singen. Ihnen ist es im Lauf ihres Wirkens kaum vergönnt gewesen, einen der zahlreichen Geheimdienstskandale aufzudecken – immer wieder müssen sie mit Verspätung auf Skandale reagieren, die von Medien oder Insidern aufgedeckt werden.

Die PKG-Mitglieder sind allesamt vielbeschäftigte Abgeordnete des Bundestages, haben für diese Gremienarbeit nur wenig Zeit, und manchen fehlt es auch an Kenntnissen über die geheimen Abläufe in den Diensten. Deshalb sind sie kaum in der Lage, ihrer Kontrollaufgabe in angemessener Weise nachzukommen. Noch nicht einmal ihre gesetzlich begrenzten Kontrollbefugnisse können sie wirksam ausschöpfen, zumal sie aus Geheimhaltungsgründen weder ihre Mitarbeiter in die Gremiumsarbeit einbinden noch sich mit ihren Fraktionskollegen austauschen und beraten dürfen.

Die Geheimdienste verstehen es ohnehin, sich einer intensiven Kontrolle zu entziehen. Sie zeichnen sich gerade dadurch aus, dass niemand so recht weiß, was sie eigentlich treiben und wie sie es treiben – bis zum jeweils nächsten Skandal, der ruchbar wird. Kontrolle kommt also regelmäßig zu spät, wenn überhaupt. Als Geheimdienste haben der BND, der Militärische Abschirmdienst (MAD) und die 17 Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die Lizenz zur Infiltration, Täuschung, Manipulation und Desinformation – warum sollten sie ausgerechnet gegenüber der Kontrollinstanz diese Fähigkeiten nicht anwenden? Mit Verdeckten Ermittlern, V-Leuten, Lockspitzeln und technischen Mitteln für Lausch-, Späh- und Trojanerangriffe beschaffen die Geheimdienste heimlich Informationen im In- und Ausland, infiltrieren verdächtige Gruppen, bespitzeln Individuen, hören Telefone ab und durchforsten das Internet – mitunter helfen sie auf diese Weise mit, Gründe für völkerrechtswidrige Angriffskriege zu finden. Wer soll sol-

che klandestinen Operationen von außen wirksam kontrollieren können?

Geheimdienste arbeiten auf der Grundlage recht weit geschnittener Gesetze, deren Formulierungen sich immer noch weiter dehnen lassen. Hierfür sind Regierungen und Parlamente verantwortlich – und damit eben auch für die mangelhafte Kontrolle. Geheimdienste arbeiten in einer intransparenten, letztlich kontrollfreien Geheimzone, wo der demokratische Sektor endet. Mit Demokratie sind sie eben deswegen schwerlich vereinbar, weil sie den Prinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widerstreben. Dieses chronische Kontrolldefizit begünstigt skandalöse Machenschaften, Grenzüberschreitungen und Grundrechtsverletzungen.

Was also tun mit solchen notorischen Fremdkörpern in einer Demokratie, wenn – obwohl sie mehr schaden als nützen – ihre Auflösung und Umwandlung in demokratisch-transparente Institutionen aktuell nicht zur Debatte stehen? Da bleibt nichts anderes übrig, als zunächst ihre Aufgaben und Befugnisse zu beschneiden, anstatt diese auszuweiten und ihnen immer mehr Macht zu verleihen, wie es im Zuge des staatlichen Antiterrorkampfes ständig geschieht. Zumindest sollten nachrichtendienstliche Mittel und Methoden allenfalls in Ausnahmefällen zulässig sein und gesetzlich zur ultima ratio erklärt werden.

Das sich mit „Quellenschutz“ und Aufrechterhaltung der „Funktionsfähigkeit“ der Dienste selbst begründende Geheimhaltungssystem kann nur aufgebrochen werden, wenn die systematische Anwendung dieser geheimen Mittel und Methoden – etwa das V-Leute-Unwesen – endlich unterbunden wird. Darüber hinaus sind Transparenz und Kontrolle so gut wie möglich zu verbessern – und zwar weit über das hinaus, was man gegenwärtig in Berlin als „Reform“ diskutiert. Zumindest könnte ein vom Parlament zu wählender und nur ihm verantwortlicher, von der Regierung unabhängiger Geheimdienstbeauftragter mit weitreichenden Kontrollbefugnissen – wie Akteneinsichts- und Vernehmungsrecht – und kompetentem Team die Kontrolle professionalisieren. Allerdings ließe sich auch dadurch keine umfassende Kontrolle der Geheimdienste garantieren. Und keine Demokratieverträglichkeit.

Vgl. dazu auch: Gesetz zu Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel im Freistaat Sachsen. Rechtspolitische Stellungnahme von Rolf Gössner zum Gesetzentwurf der Linksfraktion und zum Gesetzentwurf der CDU- und SPD-Fraktion anlässlich der Anhörung im Innenausschuss des Sächsischen Landtags am 5.06.2008.

Gedenken, Erinnern, Trauern

Gedenktafel für Hellmut von Gerlach

Ansprache von Dr. Christine Kirschstein

anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel für Hellmut von Gerlach
an seinem ehemaligen Wohnhaus in der Genthiner Straße 48 in 10785 Berlin
am 5. Juni 2008

Im Juni 1931 wurde in der Magdeburger Zeitung ein Artikel veröffentlicht, in dem es wörtlich hieß:

„Menschen vom Schlage eines Hellmut von Gerlach kann man nur wünschen, dass sie auch kennenlernen mögen, was polnische Invasion oder französische Soldateska bedeuten. Man möchte ihnen geradezu wünschen, dass auf ihren eleganten Häusern eine nette, runde, kleine Fliegerbombe niederfällt, die sie zu der Erkenntnis bringt, dass die Produkte ihres bedauernden Gehirns, gemessen an den realen Tatsachen der Welt, objektiv beobachtet kompletter Unsinn sind.“

Der Attackierte reagierte ironisch mit einem Text in der von ihm jahrzehntelang geleiteten Wochenzeitung *Welt am Montag*: *„Wenn das Etagenhaus, in dem ich eine Mietwohnung habe, wirklich so elegant ist, wie die Magdeburger Zeitung sich das vorstellt, so besteht die dringende Gefahr, dass die `nette, runde, kleine Fliegerbombe´ auch einen ihrer Parteigenossen oder, was noch schlimmer wäre, gar einen ihrer Abonnenten töten könnte...“*

Tatsächlich wurde das Haus (Hausnummer 48, früher Genthiner Straße 22.), in dem zeitweise auch Carl von Ossietzky wohnte, dann von einer Fliegerbombe getroffen. Da war Hellmut von Gerlach aber längst nicht mehr Bewohner des Hauses. Und der Grund der Bombardierung lag da auch weniger in den *„Hirngespinnsten“* des Herrn von Gerlach als vielmehr in den aggressiven *„Gehirnprodukten“* seiner langjährigen politischen Gegner.

Besonders elegant ist die Wohnung von Gerlachs in Berlin sicher nicht gewesen. *„Herrschaftlich“* allerdings war das Haus, in dem er seine Jugend verbrachte, ein Rittergut in Mittelschlesien. Sein Großvater war Polizeipräsident in Berlin gewesen und 1840 geadelt worden. Und seine Autobiografie erschien unter dem Titel *„Erinnerungen eines Junkers“*. In einem konservativ geprägten Umfeld aufgewachsen, blieb er zunächst selbst ein Konservativer.

Allerdings kritisierte er bereits als Jugendlicher die schlechten Lebensbedingungen der Landarbeiter auf den preußischen Gütern. Standesgemäß studierte er Jura in Genf, Straßburg, Leipzig und Berlin. Im Anschluss verrichtete er Verwaltungsdienst, zuletzt als Regierungsassessor.

Als ihm jedoch bewusst wurde, dass *„für einen Mensch mit selbständigen Ansichten in der preußischen Verwaltung kein Platz war“*, schied er aus der vorbestimmten juristischen Laufbahn aus und entschied sich 1892 für den Journalistenberuf.

Zunächst schrieb er Texte für Adolf Stoeckers Zeitung *„Das Volk“* und wurde einige Zeit sogar als Kronprinz des antisemitischen Hofpredigers gehandelt. Nach einiger Zeit wandte er sich ab und gründete mit dem jungen Friedrich Naumann die liberale National-Soziale Partei, für die er 1903 einen Sitz im Reichstag errang, wo er sich der *„Freisinnigen Vereinigung“* anschloss. 1908 rief er mit Rudolf Breitscheid die recht erfolglose *„Demokratische Vereinigung“* ins Leben. Als jener vier Jahre später zu den Sozialdemokraten wechselte, folgte er ihm nicht.

Stattdessen gehörte er 1918 zu den Gründern der `Deutschen Demokratischen Partei`, von der er sich 1922 abermals abwandte. Auf seinem Weg `Von rechts nach links`, wie eines seiner Bücher heißt, kam es, wie sich zeigt, immer wieder zu Konflikten mit denen, die er links überholte. Seine Grundeinstellung formulierte er 1922 so:

„Ich muss versichern, dass ich bleibe, was ich war, ein überzeugter Demokrat, der in der konsequenten Demokratie das politische Heil seines Vaterlandes wie der gesamten Menschheit erblickt.“

Im Ersten Weltkrieg wurde Hellmut von Gerlach zum Pazifisten, schloss sich der Deutschen Friedensgesellschaft an und gründete Ende 1914 mit anderen den `Bund Neues Vaterland`. Sowohl als Journalist als auch als Angehöriger der Friedensbewegung bekam er die Zensur und irreführenden Berichte der Behörden zu spüren. `Die große Zeit der Lüge` nannte er folglich das Buch, das nach Kriegsende erschien.

Sein Freund Rudolf Breitscheid, inzwischen preußischer Innenminister, holte Gerlach im November 1918 als Unterstaatssekretär für Polenfragen ins Ministerium.

Als im selben Monat Unruhen in Posen ausbrachen, versuchte er als Emissär vor Ort zu schlichten. Sein Auftreten in Posen wurde ihm im rechten politischen Spektrum als Verrat ausgelegt. Das Attentat auf ihn von Angehörigen der Freikorps-Brigade Ehrhardt während einer Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in einem Charlottenburger Gymnasium Anfang 1920, das Gerlach nur knapp und durch schnelle Reaktion einer Mitarbeiterin überlebte, ist wohl in diesem Kontext zu sehen.

Neben den Beziehungen zu Polen war Gerlach auch eine Verständigung mit Frankreich wichtig. Der 1914 gegründete `Bund Neues Vaterland` wurde 1923 in Anlehnung an die französische Pazifistenorganisation in `Liga für Menschenrechte` umbenannt, nachdem jahrelang intensive Beziehungen zwischen beiden Vereinigungen gewachsen waren.

Gerlach, der fließend Französisch sprach, fiel hier eine wichtige Rolle zu. Auch diese Kontakte zum deutschen `Erbfeind` waren freilich vielen ein Dorn im Auge.

Was Gerlach in der `Welt am Montag` über die Jahre nicht müde wurde zu betonen, nämlich, dass es in Politik und Justiz nach dem verlorenen Krieg keinen verlässlichen Neuanfang gegeben habe, wurde 1932 erneut evident, als Gerlachs Freund Carl von Ossietzky wegen eines Artikels über geheime deutsche Wiederaufrüstungspläne zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Gerlach übernahm in dessen Vertretung die Leitung der `Weltbühne`. Kurz nach der Freilassung Ossietzkys gelangten die Nationalsozialisten an die Macht – und Gerlach gehörte zu jenen, die auf den ersten Ausbürgerungslisten geführt wurden und den Pass entzogen bekamen. Zusammen mit Breitscheid flüchtete Gerlach nach dem Reichstagsbrand und den nachfolgenden Massenverhaftungen nach Süden – und wurde von einer Angehörigen der bürgerlichen Frauenbewegung, die in ihm immer einen engagierten Unterstützer gefunden hatte, über die Grenze nach Österreich geschleust. Von dort gelangte er nach Paris, wo er von seinen französischen Friedensfreunden aufgenommen wurde und sich fortan um deutsche Emigranten kümmerte. Vor allem koordinierte er die Kampagne für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky, um ihn – so das Kalkül – auf diese Weise aus den Fängen der Nationalsozialisten zu befreien.

Aus dieser Arbeit riss ihn neunundsechzigjährig der Tod am 1. August 1935 nach einem Herzanfall.

Als die Urne mit seiner Asche 1968 aus Paris nach Wiesbaden überführt und dort beerdigt wurde, hieß es: nun ist Hellmut von Gerlach endlich wieder in Deutschland angekommen. Heute – 40 Jahre später – können wir hoffentlich ausrufen: nun ist Hellmut von Gerlach endlich wieder in der Stadt angekommen, in der er die meiste Zeit gelebt und gearbeitet hat. Der bedeutende Publizist und unermüdliche Kämpfer für Demokratie, Frieden und Freiheit hat es verdient, hier gewürdigt zu werden. Heute würden wir auch nicht mehr – wie die anfangs zitierte Magdeburger Zeitung – konstatieren, Gerlach habe ein `bedauernswertes Gehirn` gehabt, sondern wohl eher betonen, dass er in schwierigen Zeiten mutige Positionen vertrat, die heute für die Menschen selbstverständlich geworden sind.

Aktuelles zu Berliner Aufarbeitungen der NS-Geschichte

Reinhard Strecker

Generalplan Ost

Zwei Worte – für die meisten Deutschen ohne jede Bedeutung, sie sind ihnen kein Begriff, sie verbinden nichts damit. Dabei sollten sie für jeden hierzulande, auch für die Spätgeborenen, zum historischen Grundvokabular der deutschen Geschichte gehören. Dahinter verbarg sich Hitlers Plan zur Neuordnung Osteuropas unter deutscher Oberherrschaft; ein Plan der den –zig millionenfachen Mord an Osteuropäern vorsah. Soweit sie nicht durch Zwangsarbeit verbraucht werden könnten, seien sie in Hungergebiete abzuschicken, damit der Osten als germanisches Siedungsgebiet frei würde.

Zu Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde für **Heinrich Himmler**, den Reichsheini, ein weiteres Amt erfunden, er wurde zum **Reichskommissar zur Festigung des Deutschen Volkstums** ernannt. Während Himmler für die SS bis zum Herbst 1944 nur Freiwillige nehmen durfte, waren die Volksdeutschen ihm als RKFV völlig ausgeliefert. Über alle mit der Umsiedlungsaktion ‚Heim ins Reich‘ nach Deutschland Gelangten verfügte er nach Gutdünken.

Leiter seines Stabshauptamtes war Professor Meyer von der Berliner Universität, den seinerzeit die NS-Behörden eigens seiner Bedeutung wegen aus dem thüringer Wissenschaftsbetrieb nach Berlin geholt und in der hiesigen Universität verankert hatten. Das RKFV-Stabshauptamt residierte am Kurfürstendamm 140–143. In dem Gebäude mit Kriegsschäden wohnten Ende der Fünfziger bis in die Sechziger FU- und TU-Studenten; dort war die Zentrale des SDS Berlin, der das Gebäude quasi entnazifizierte, allerdings wohl ohne um seine Vergangenheit zu wissen.

Meyer legte Himmler seinen Generalplan Ost vor, in dem in nüchternen Worten Himmlers Vorstellungen detailliert wurden. Auf diesem baute dann der Generalsiedlungsplan auf. Andere Universitäten beteiligten sich, Jena z.B. mit den Berechnungen. Die Umsetzung begann zuerst im Südosten des Bezirks Lublin im Gebiet von Zamosz, vier Landkreisen.

Das hatte sich Himmler als sein eigenes Kurfürstentum ausgesucht. Das Städtchen wurde eingedeutscht als Himmlerstadt. Doch die polnische Bevölkerung störte. Die musste eigentlich ganz weg. Das erste Dorf, das so germanisiert wurde, war Skierbieszow, eingedeutscht als Heidenstein. Während am einen Ortsende die polnische Bevölkerung herausgetrieben wurde – ich erspare mir hier die Brutalitäten, die Erschießungen, u.s.w. – kamen am anderen Ortsende die deutschen Neusiedler an, wohl ausschließlich Volksdeutsche, die bei der ‚Heim ins Reich‘- Umsiedlung für Deutschland optiert hatten. So wurde unser heutiger Bundespräsident Professor Köhler in Heidenstein geboren.

Keine Vorwürfe gegen seine wie alle Volksdeutschen Himmler ausgelieferten Eltern. Ich hätte mir nur gewünscht, unser Bundespräsident wäre den mehrfach ausgesprochenen Einladungen in seinen Geburtsort und das Gebiet Zamosz, vier Landkreise, gefolgt. Vor langen Jahren schon waren wir zu viert, Berliner, auf Einladung des ‚Vereins der überlebenden Kinder von Zamosz‘ zu einer Gedenkveranstaltung dort hingefahren. Wenn man dann gebeten wird, ein paar Worte zu sagen, muss es sehr kurz sein. Man bedankt sich für diese Einladung, bekräftigt – eine Selbstverständlichkeit – dass diese Verbrechen nicht vergessen werden dürfen, eine Versöhnung kann überhaupt erst entstehen wenn unsere Landsleute wissen, was an Verbrechen in unser aller Namen begangen worden ist, und man entschuldigt sich als Deutscher. Allerdings habe ich betont, wir vier könnten uns nur für uns selbst und unser Familien entschuldigen. Wir hätten leider keinerlei offiziellen Auftrag. Danach kamen die offiziellen Vertreter aller vier Kreise zu mir, um mir zu sagen, darauf hätten sie sechzig Jahre lang vergeblich gewartet. Das heißt. Dort war nie irgend ein offizieller Vertreter eines der Nachfolgestaaten des Hitlerschen Wahnsinns gewesen.

Die wenigsten hier werden den Namen Zamosz jemals wahrgenommen haben. In Polen lernen die Kinder schon im Grundschul-Lesebuch kennen, was sich

mit diesem Wort verbindet. Deshalb liegt mir so sehr an einem Besuch unseres Bundespräsidenten dort. Seine Bitte um Entschuldigung könnte er namens der Deutschen aussprechen. Sie hätte mehr Gewicht, sie ist überfällig, und sie würde in dem heutigen Ost-Polen, wohin kaum jemals eine Versöhnungsaktion gelangt ist, dankbar aufgenommen. Das ihnen ange-tane Unrecht muss auch ihnen gegenüber als Unrecht benannt und anerkannt werden.

Matthias Burchardt, ein HU-Student, erfuhr während seines Studiums, wie sich der frühere Lehrstuhl-Inhaber seines Instituts an der Ausarbeitung der NS-Verbrechen beteiligt hatte. Seitdem versuchte er und versucht noch immer, weitgehend als Einzelkämpfer, zu erreichen einerseits, dass sich die deutschen Universitäten für ihre freiwillige Verstrickung in dieses NS-Verbrechen bei einem Besuch bei den polnischen Universitäten entschuldigen, und andererseits, dass in dieser Stadt an bestimmten wesentlichen Orten Gedenk-Zeichen entstehen, die ihren jeweiligen Teil der NS-Geschichte erzählen. Ich habe ihm, im Rahmen meiner begrenzten Möglichkeiten, dabei etwas geholfen.

Nunmehr ist am 9. Mai dieses Jahres – ein sehr passendes Datum, an der östlichen Ecke Kurfürstendamm/Joachim-Friedrich-Straße vor dem inzwischen durch einen Neubau ersetzten ehemaligen RKFV-Stabshauptamt durch das Bezirksamt Charlottenburg mit Ansprachen vom stellvertretenden Bezirksbürgermeister, dem Baustadtrat Klaus Dieter Gröhler und der Charlottenburger Bezirksverordneten-Vorsteherin Frau Dr. Suhr eine beleuchtete Stele enthüllt worden.

Es hat lange gedauert, aber die kleine Stele ist ein Blickfänger. Leute bleiben stehen, auch schon am Tage, um sich zu informieren. Ich hätte mir den Text etwas ausführlicher gewünscht. Aber diese Stele ist ein Erfolg wie die Stolpersteine. Die Leute bleiben stehen und lesen. Die Realisierung dieses Denk-Zeichens wurde zweifellos erleichtert dadurch, dass schon vor Jahren der Berliner Unternehmer Hans Wall, als ich ihm von dem Plan für diese Stele berichtete, fast postwendend antwortete: Natürlich sei das sehr wichtig, und er sei selbstverständlich bereit, alle Kosten für Herstellung und Aufstellung der Stele zu übernehmen sowie für die laufende Pflege und die Strom-Rechnung. Natürlich war der jetzige Firmenchef Wall auch zur Enthüllung anwesend.

In Berlin-Schöneeweide befindet sich das „Dokumentationszentrum NS Zwangsarbeit“. Dort gab es am Donnerstag den 17. Juli einen Vortragsabend zur

„Zwangsarbeit als Phänomen des Alltagslebens im Protektorat Böhmen und Mähren“ von Dr. Petr Koura und Jana Hadliková aus Prag.

20. Juli 2008

Bis heute – gut 63 Jahre nach der Befreiung und dem Ende des Zweiten Weltkrieges – gibt es in Deutschland keinen Gedenktag an den Widerstand und die Verfolgung unter dem NS-Regime. Anfänglich lange abgewehrt mit dem Argument, damit werde die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes inkriminiert, die sich doch in Pflichterfüllung während des Krieges den Befehlen der deutschen Regierung hätte unterordnen müssen, konnte sich in der Bevölkerung keinerlei Gedenkkultur entwickeln. Es blieb bis heute bei einer verschwindend kleinen Minderheit, die ersatzweise den 20. Juli als zentralen Gedenktag nutzte, der schon relativ früh von der Regierung dafür ausgewählt worden war. In der Frühzeit der Bundesrepublik blieb das offizielle Gedenken sogar in Verfälschung des historischen Geschehens weitgehend auf den militärischen und konservativen Widerstand von 1944 beschränkt. So ist der 20. Juli bis heute den meisten Deutschen nur ein beliebiger Tag, den die Stadt Dortmund zum Beispiel in diesem Jahr zum Feiern der aus Berlin abgewanderten Love-Parade nutzte.

Völlig getrennt von den Interessen der übergroßen Mehrheit der Deutschen wurde aber auch in diesem Jahr wieder des Widerstands und seiner Opfer gedacht bei, wie üblich, kärglicher Beteiligung der Polit- und sonstigen Prominenz. Natürlich ist der Juli Sommer und Urlaubszeit, doch die geringe Beteiligung am Gedenken an den Widerstand gegen NS-Terror und Kadavergehorsam bleibt schmerzlich und steht im Widerspruch zu der immer wieder offiziell verkündeten Behauptung, das neue Deutschland legitimiere und gründe sich auf den Widerstand.

Also versammelten sich auch in diesem Jahr wieder außer einigen wenigen noch Lebenden aus dem Widerstand vorwiegend Angehörige aus Widerstands- und verfolgten Familien zu den Gedenkfeiern. Man blieb unter sich. Der allgemeine Zugang ist allerdings seit langem gar nicht vorgesehen. Interessenten müssen vorher beim Protokoll des Bundesinnenministeriums eine Einladung zu den beiden Gedenkfeiern um 12 Uhr im Bendlerblock und um 16 Uhr im Gefängnis Plötzensee beantragen, falls das für sie nicht von der Stiftung 20. Juli oder dem ZDWV, dem Zusammenschluss der westlichen Verfolgten-Organisationen zentral erledigt wird. Am 20. Juli

muss man dann außer der Einladung auch den Personalausweis mitbringen.

Um 14 Uhr am 19. Juli zeigte die ‚Gedenkstätte Deutscher Widerstand‘ den Dokumentationsfilm von Hellmut Schlingensiepen ‚Wer glaubt, der flieht nicht – Dietrich Bonhoeffer 1906–1945‘. Und um 15 Uhr wurde dort die von Düsseldorf übernommene ‚Dietrich Bonhoeffer -Ausstellung‘ mit Vorträgen von Professor Peter Steinbach und Hellmut Schlingensiepen, dem Kurator dieser Ausstellung, eröffnet. Um 18 Uhr gab es dann einen Empfang im Roten Rathaus durch den amtierenden Bürgermeister Wolf für die Versammelten.

Um 20 Uhr am selben Tag folgte ein Vortrag von Professor Graf Vitzthum, Universität Tübingen, „Kommt wort vor tat kommt tat vor wort?“ – ‚die Brüder Staufenberg und der Dichter Stefan George‘ in der St. Matthäuskirche am Kulturforum. Er wird von der ‚Gedenkstätte Deutscher Widerstand‘ als Heft herausgegeben werden. Dem Vortragenden gegenüber bedauerte ich, dass er nicht die Verbindung vom 20. Juli 1932 zum 20. Juli 1944 gezogen habe. Von meinem Vater ist mir unvergesslich in Erinnerung, dass er mir vorhielt: „Du darfst nie vergessen, für uns hat der Krieg im Sommer 1932 angefangen“, als mit dem Preußenschlag, dem Papen/Hindenburg – Putsch, schlagartig in weit über der Hälfte des Reiches – Steinbach konkretisierte: „in zwei Drittel des Reiches“ – jede Art von Demokratie endete, abgesehen von der rein nominellen Existenz des Reichstages, der allerdings schon seit dem Rücktritt von Hermann Müller als Reichskanzler keinerlei Möglichkeit mehr gehabt hatte, die Politik der Reichsregierung zu beeinflussen, weil Reichspräsident Hindenburg in Perversion der Weimarer Verfassung, alle Macht an sich gerissen hatte; gebilligt vom Reichsgericht. Professor Vitzthum ergänzte: Dann hätte er auch den 20. Juli 1933 mit erwähnen müssen, den Abschluss des Konkordats mit Rom. Und man muss ergänzen: zustandegebracht wurde es durch Prälat Kaas, den Spitzenvertreter des Zentrums, nach der verlorenen Wahl gegen Hitler.

Passend dazu erinnerte Otto Kallscheuer in der Sonntags-FAZ am nächsten Morgen, dem 20. Juli, daran, dass die Schuld für diesen ersten außenpolitischen Erfolg Hitlers, seine Weißwaschung durch Rom, nicht dem Vatikan angelastet werden könne. Die vorschnelle Bereitschaft, sich „gleichschalten zu lassen“, sei aus den Reihen der verängstigten deutschen Bischöfe gekommen. Auch Adenauer war das noch bewusst, als er im Februar 1946 schrieb: „das deutsche Volk, auch die Bischöfe und der Klerus trügen ‚eine große Schuld‘ an den Judenverfolgungen und später den Vorgängen in den Konzentrationslagern“. Fast widerstandslos, „ja zum Teil mit Begeisterung“

hätten sie sich gleichschalten lassen. Die Evangelische Kirche mit den Deutschen Christen und ihrem Reichsbischof Müller war um keinen Deut besser. Echter Widerstand kam nur von wenigen Vereinzelt, wie es auch korrekt auf der Stele für Friedrich Weißler in Sachsenhausen steht: „von seiner Kirche verlassen“.

Morgens um 9 Uhr hatte in der Gedenkstätte Plötzensee ein ökumenischer Gottesdienst stattgefunden. Um 10 Uhr folgte die Kranzniederlegung des ZDWV am Gedenkstein auf dem Steinplatz mit Reden vom amtierenden Charlottenburger Bezirksbürgermeister Gröhler und Frau Dr. Suhr, die Vorsitzende der Bezirksverordnetenversammlung.

Mittags um 12 begann die Feierstunde zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, veranstaltet von der Bundesregierung, der Stiftung 20 Juli und dem ZDWV im Ehrenhof des Bendlerblocks mit der Kranzniederlegung von Bundesministerin Wieczorek-Zeul für die Bundesregierung. Nur ein paar Auszüge aus ihrer Rede, auch von den anderen können hier nur jeweils einige Sätze und Zusammenfassungen ihrer Gedanken veröffentlicht werden:

„Wir gedenken der Opfer“. Es sei eine besondere Ehre, dass Angehörige heute bei uns seien. Für sie blieben die Männer des „20. Juli“ und ihre militärischen und zivilen Mitstreiter Vorbilder über ihren Tod hinaus. Sie nannte Carl Goerdeler, Generaloberst a.D. Ludwig Beck, den Kreisauer Kreis, den Freiburger Kreis oder das Kölner Ketteler-Haus. Sie erinnerte an Wilhelm Leuschner, Adolf Reichwein, Julius Leber, Ernst von Harnack, Theodor Haubach, Ludwig Schwamb und Carlo Mierendorff, alle Opfer des Krieges oder der Blutjustiz, und nannte dann, stellvertretend für die vielen weniger oder oft gar nicht Bekannten den Schreiner Georg Elser, der bereits sehr früh, mit seinem Bombenanschlag auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller am 8. November 1939 versucht hatte, den Krieg zu verhindern.

Die Nazi-Fanatiker haben die Asche der Ermordeten auf den Feldern vor Berlin verstreut, damit niemand ihrer gedenke. Und zitierte dann Otto Wels' Worte am letzten Tag der Republik von Weimar im Reichstag: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt ... die Macht, Ideen die ewig sind und unzerstörbar ..., zu vernichten.“ Die Nazis sprachen von ‚Verräterblut‘, schworen ‚Sippenhaft und Ausrottung‘, verhafteten Dreijährige und 85-Jährige. Als Anfang der 50-er dort die Gedenkfeiern begannen, wurden die Ermordeten immer noch als Verräter geschmäht.

Zu den zentralen Zielen des Widerstandes hatte die deutsch-französische, die deutsch-polnische und die europäische Verständigung gehört. Wir dürften nicht tatenlos zusehen, wie die NPD immer unverfrorener menschen- und demokratiefeindliche Aktivitäten betreibt. Ein neues Verfahren zum Verbot dieser verfassungsfeindlichen Partei – die öffentlich zugänglichen Belege liegen vor – sollte beschlossen werden.

Der ‚20. Juli‘ und die deutsche antinazistische Widerstandsbewegung gehören zu den Fundamenten unserer Demokratie. Wir bleiben es den Familien des ‚20. Juli‘ schuldig, dass dieser Tag immer auch ein Tag von Bedeutung für die jungen Leute bleibt, die heute in einer Demokratie aufwachsen, in einem friedlichen Europa.

Nach ihr sprach Harald Wolf als amtierender Bürgermeister von Berlin, auch von ihm kann ich hier nur wenige Sätze teils wörtlich zitieren, teils zusammengefasst bringen: Wir gedenken heute der Verschwörer des 20. Juli, zugleich erinnern wir daran, dass auch Andere dem organisierten Unrecht nicht tatenlos zusahen. Menschen, die Zivilcourage im Alltag zeigten, zum Beispiel Juden beim Überleben im Untergrund halfen. „Stille Helden“ hat Inge Deutschkron sie genannt, ohne die sie heute nicht mehr am Leben wäre. Der Umsturzversuch war nicht umsonst. Die Tragik des Scheiterns öffnet den Blick auf diese Menschen und ihre Motive. Wir können daraus lernen, dass Mut, Verantwortungsbewusstsein und Zivilcourage Werte sind, die man erkämpfen muss und für die man kämpfen muss. Deshalb ist und bleibt es richtig, dass wir auch nach mehr als sechs Jahrzehnten noch an den 20. Juli erinnern, stellvertretend für alle, die sich der Barbarei widersetzen.

Danach hielt Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanefeld als Familienangehöriger einer der damals Ermordeten seine Rede: „Aller inneren Trauer und Fassungslosigkeit zum Trotz sehen sie mich fröhlich, stolz und dankbar. Es ist ein wunderbares Gefühl, mit Ihnen an ein Ereignis erinnern zu dürfen, dem wir schon so weit entrückt scheinen. Erinnerung, das wusste schon Lessing, dient nicht dazu unser Gedächtnis zu belasten, sondern den Verstand zu erleuchten.“

Versetzen wir uns zurück in das ‚Dritte Reich‘.

Von vornherein zu aktivem Widerstand gegen das verbrecherische NS-Regime entschlossen seien die orthodoxen Kommunisten gewesen, die allerdings im totalitären Herrschaftsanspruch ihrer eigenen Ideologie befangen gewesen seien. Sie hätten den Staat von Weimar als ‚faschistische Republik‘ bekämpft und erheblich mit dazu beigetragen, dass Hitler am 30. Ja-

nuar die Macht übernehmen konnte. Das Ziel ihres – ohne Frage – mit hohem Blutzoll geleisteten Widerstands war – das soll auch hier und heute nicht unterschlagen werden – keine Wiederherstellung irgendwie gearteter Weimarer Verhältnisse, sondern der Aufbau einer ‚Diktatur des Proletariats‘.

Während die orthodoxen Kommunisten einen Wandel ihres Selbst- und Politikverständnisses fast durchweg ablehnten, machten sich die Sozialdemokraten, die die Weimarer Republik ganz wesentlich mitgetragen hatten, die historische Chance zu grundlegender Veränderung des Überkommenen schöpferisch zunutze. Zum einen suchten sie in der zweiten Hälfte des (2.) Weltkrieges die Zusammenarbeit selbst mit dem Kommunisten, die sie doch als Sozialfaschisten beschimpfte hatten. Zum andern verbündeten sie sich mit den bürgerlichen und aristokratischen Gegnern des NS-Regimes, als mit denjenigen die 1933 ebenfalls – die einen mehr, die andern weniger – daran beteiligt gewesen waren, Hitler zur Macht zu verhelfen, ehe sie hatten erkennen müssen, dass sie im totalitären NS-Staat genauso rechtlos waren wie alle andern. Damit wurde eine wichtige Grundlage gelegt für jenes uns heute so selbstverständlich erscheinende Zusammenwirken fast aller politischen Parteien nach 1945.

Als führende Repräsentanten der deutschen Opposition müssen aber – neben den Kommunisten – nach wie vor in erster Linie die Mitglieder – ich vergrößere – Goerdeler-Beck-von Hassell-Gruppe auf der einen und die Vertreter des Kreisauer Kreises um Helmut James Graf von Moltke und Peter Graf York von Wartenburg auf der anderen Seite gelten. Seit der Jahreswende 1941/42 rückten beide Gruppen näher zusammen. Ihre Legitimation bezogen sie nicht aus ihren diversen innen- und außenpolitischen Zukunftsplänen – die uns heute arg fremd erscheinen – sondern aus ihrem Eintreten gegen Hitlers Unrechts-Regime und in dem Opfer, das sie brachten, das letztlich ethisch begründet war.

Henning von Treskow hat diese Einsicht im Sommer 1944 von der Ostfront aus an Graf Stauffenbergs Adresse so umschrieben: Das Attentat muss erfolgen. Sollte es nicht gelingen, muss trotzdem in Berlin gehandelt werden, denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.

Die Geschichte der Jahre 1938–1944 hatte gezeigt, dass ein aktives Vorgehen gegen ‚Führer‘ und Regime erst erwogen werden konnte, wenn Hitlers

Ansehen durch Rückschläge erschüttert sein würde. Selbst nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli heißt es in den Meldungen aus dem Reich: Geradezu auffallend ist, in welchem starkem Maße sich die Arbeiterschaft erneut zum Führer bekannt hat.

Durfte man den Neuaufbau eines Rechtsstaates mit einem Mord beginnen? Die zur Tat Berufenen nahmen stellvertretend die Sünde des Tyrannenmordes auf sich in dem gläubigen Vertrauen, vor dem Richterstuhl Gottes Gnade zu finden. Henning von Treskow formulierte: Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unseret Willen nicht vernichten wird.

Schon 1957 sagte Fabian von Schlabrendorff hier im Ehrenhof des Bendlerblocks:

Man muss (...) die Zeit kennen, in der sie gelebt haben, man muss wissen, mit welchen Mächten sie im Kampf gelegen haben. (...) Auch die Männer des 20. Juli, auch die Toten von damals hatten menschliche Gebrechen. Auch sie sind nicht ohne Schuld. Sie tragen die Schuld desjenigen, der den Bereich der Kontemplation verlässt und handelt. Aber diese Schuld wiegt gering gegenüber der Schuld derjenigen, die die Macht des Unrechts zum Prinzip erhoben haben.

Bleiben wir unseren ‚zehn Gerechten‘ also dankbar verbunden. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen,

- dass die Trennungslinie zwischen aktivem Widerstand unter den Bedingungen einer Diktatur und verfassungsrechtlich garantierten Protest im Rahmen einer Demokratie nicht verwischt;
- dass wir uns bewusst machen, dass der Bestand eines freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesens auf Permissivität, herrschaftsfreiem Diskurs und noch immer breit gestreutem Wohlstand nicht hinreichend fest gegründet ist,

sondern dass gerade eine Demokratie lebensnotwendig auf die Beherzigung staatsbürgerlicher Tugenden angewiesen ist, dass alle Bürger sich zu den Institutionen und Werten dieses Staates bekennen und sich dafür nach den jeweiligen Kräften und Möglichkeiten einsetzen, Das ist wenig und viel zugleich. (...)

Danach folgte die Kranzniederlegung durch den Präsidenten des Bundesrats Ole von Beust, Hamburger Oberbürgermeister.

Am Nachmittag um vier fand dann die Kranzniederlegung am Hinrichtungsort im Gefängnis Plötzensee statt mit einer kurzen Ansprache von Dieter Thomas von der Stiftung 20. Juli,

und abends um acht, zum ersten Mal vor dem Reichstag, das öffentliche Gelöbnis der neuen Rekrutenkompanien des Wachbataillons Berlin der Bundeswehr. Scharping, der seinerzeit als Verteidigungsminister diese Tradition begründet hatte, zum 20. Juli ein öffentliches Gelöbnis zu veranstalten, um die Bundeswehr noch stärker an den Widerstand zu binden, war auch erschienen. Entsprechend dieser Tradition hielt der Verteidigungsminister Franz Josef Jung eine kurze Ansprache unter Bezug auf den Widerstand. Die wesentlichen Sätze daraus:

Am 20. Juli scheiterte der Staatsstreich gegen Hitler und sein verbrecherisches Regime. General Olbricht, Oberst Graf von Stauffenberg, Oberst Merz von Quirnheim und Oberleutnant von Haefen wurden noch in der Nacht zum 21. Juli 1944 – nur wenige hundert Meter von hier entfernt – im Hof des Bendlerblocks hingerichtet.

64 Jahre später ehren wir mit dem heutigen Gelöbnis die Menschen, die in einer dunklen Stunde unserer Geschichte aufstanden, um das Recht und die Freiheit zu verteidigen. Der 20. Juli 1944 war als Aufstands des Gewissens eine befreiende Tat. Trotz ihres Scheiterns ebneten die tapferen Frauen und Männer des Widerstands den Weg für einen Neuanfang Deutschlands.

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war es der einstige Kriegsgegner Winston Churchill, der dieses erkannte. Bereits 1946 sagte er vor dem britischen Unterhaus:

In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer (...) immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker bisher hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen oder außen – einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus.

Die Offiziere des 20. Juli handelten in der Überzeugung, dass die Herrschaft des Rechts und die Achtung der Menschenwürde als unverletzliche Werte auch das höchste Opfer – das eigene Leben – rechtfertigen. Der 20. Juli stellt jedem von uns die Frage, wie man sich unter denselben Umständen verhalten hätte. Die Frage ist fordernd, wahrscheinlich sogar

überfordernd. Sie lehrt uns aber, dass wir nicht gleichgültig sein dürfen: weder bei existenziellen Fragen noch im Alltag.

Als Soldat der Bundeswehr und als Bürger in einer Demokratie sind wir ständig unbequemen Fragen ausgesetzt, deren Antworten vor unserem eignen Gewissen bestehen müssen. Der 20. Juli verpflichtet uns, aufmerksam hinzusehen und auf unser Gewissen zu hören. Wir müssen erkennen, was die richtige Entscheidung ist. Und vor allem müssen wir die innere Stärke haben, für diese Entscheidung mit aller Konsequenz einzutreten. Das setzt Mut, Entschlossenheit und Tapferkeit voraus.

Rekruten des Wachbataillons, Sie geloben heute, der Bundesrepublik treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Als Staatsbürger in Uniform nehmen Sie damit besondere Pflichten auf sich. Befehl und Gehorsam sowie eine weitreichende Verpflichtung zur Treue, die auch den Einsatz des eigenen Lebens einschließt, kennzeichnen den soldatischen Dienst.

Das Handeln des Soldaten ist jedoch auch immer an die Verpflichtung des Staates gebunden, die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Daher sind Befehl und Gehorsam klare Grenzen gesetzt. Diese Grenze haben die Männer des militärischen Widerstandes gewahrt. Auch die Innere Führung geht ganz bewusst von den Grenzen des soldatischen Gehorsams aus, der nicht bedingungslos sein darf, sondern immer an Recht und Gesetz gebunden ist. (...)

Rekruten des Wachbataillons! Die Bundeswehr weiß um ihre Verpflichtung. Das Erbe der Frauen und Männer des 20. Juli ist auch Auftrag, die Begründung unseres soldatischen Handelns an die Werte und Normen des Grundgesetzes zu binden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Soldatenglück und Gottes Segen.

Zum Abschluss der Feierlichkeiten hielt dann Helmut Schmidt die Gelöbnisansprache, hier in vollem Wortlaut:

Heute will ich mich besonders an die Rekruten wenden und versuchen, Ihnen ein kleines Stück meiner eigenen geschichtlichen Erfahrung vorzutragen. 1937 bin ich als Wehrpflichtiger eingezogen worden. Damals habe ich die nationalsozialistische Führung Deutschlands für verrückt gehalten und habe sie als ein Übel betrachtet. Aber dass sie aus Verbrechern bestand, das habe ich noch während des Hitlerschen Weltkriegs nicht begriffen.

Erstmals als ich Herbst 1944 als Zuhörer zum sogenannten Volksgerichtshof abkommandiert war und

dort einen Tag des unmenschlichen Schauprozesses gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli mit erleben musste, erst da habe ich angefangen, den verbrecherischen Charakter des „Dritten Reiches“ zu begreifen. Jedoch habe ich danach gleichwohl als kämpfender Soldat weiterhin meine Befehle und Pflichten befolgt – so wie Millionen anderer Soldaten auch.

Damals, in den letzten sieben oder acht Monaten des Krieges sind zivile Bürger und Soldaten in größerer Zahl um ihre Leben gebracht worden als vorher in den ganzen ersten sechs Jahren des Krieges. Diese ungeheuren Opfer aus fast allen europäischen Völkern waren absolut sinnlos, denn unser schließlicher Zusammenbruch war längst erkennbar.

Auch wenn das Attentat auf Hitler geglückt wäre – das katastrophale Ende war gleichwohl gewiss. Trotzdem haben wir weitergekämpft. Und die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstung haben weiter gearbeitet. Denn in den Schulen, in den Kirchen und in den Fabriken waren wir zum Gehorsam gegenüber Obrigkeit und Staat erzogen und gedrillt worden. Vor allem aber hatte jedermann Angst vor der Gestapo und vor dem Kriegsgericht.

Schon seit 1941, seit unserem Überfall auf die Sowjetunion, ist mir klar gewesen, damals zwanzig Jahre alt, dass Deutschland den Krieg verlieren würde. Er würde in einer Katastrophe enden. Gleichwohl blieb ich patriotisch gesonnen und glaubte: Wenn mein Land im Krieg ist, dann muss ich als Soldat meine Pflicht erfüllen. Das hatte ja mein Vater 1914 genauso getan.

Die meisten der Frauen und Männer vom 20. Juli 1944 waren weitgehend ähnlich erzogen worden. Was sie aber vor vielen Millionen Deutscher auszeichnete, das war ihre Überzeugung, dass es gleichwohl ihre Pflicht war, wenigstens einen letzten Versuch zum Staatsstreich zu unternehmen. Manche von ihnen haben gehaut oder gewusst, dass selbst ein geglückter Staatsstreich die Katastrophe nicht mehr abwenden konnte. Treskow hat es gewusst – und hat gesagt: „Ja, trotzdem!“ Ähnlich Stauffenberg, der Julius Leber zum Reichskanzler machen wollte. Leber aber wusste auch, in jedem Falle wird die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unausweichlich. Tatsächlich hat später die Kapitulation das Schicksal unseres Volkes in die Hände der siegreichen Feinde gelegt.

Wenn heute drei Bundesverteidigungsminister nacheinander die Verbindung des Gedenkens an den 20. Juli 1944 mit dem feierlichen Gelöbnis von heutigen Rekruten als eine Tradition geschaffen haben; wenn inzwischen neben deutschen Politikern auch hervorragende Repräsentanten der Polen und der Franzosen,

der Engländer und der Amerikaner, der Norweger und der Holländer sich als Redner an dieser Tradition beteiligt haben, so haben sie damit die heroische moralische Leistung des aktiven Widerstands gegen Hitler ehren wollen. Zugleich haben sie die von ihren Nationen ausgehende Versöhnung mit uns Deutschen bestätigt. Vor allem haben sie ihr Vertrauen in Deutschland ausgedrückt – und ihre Vertrauen in unsere beständige Einbindung in die europäische Gemeinschaft.

In der Tat: Die heutige Bundesrepublik Deutschland ist ein ganz anderer Staat geworden. Ganz anders als zu Zeiten Wilhelms II., anders als zu Zeiten Weimars – unvergleichlich besser und zuverlässiger als Hitlers Unrechtsstaat. Heute muss keiner von uns sein Leben aufs Spiel setzen, um eine Unrechtsregierung zu stürzen. Heute muss kein Deutscher sich in der eigenen Seele mit seinem gespaltenen Bewusstsein quälen, des Nachts Hitler zum Teufel wünschen, aber am nächsten Tage abermals seine Befehle befolgen. Heute leben wir alle unter einer besseren inneren Verfassung und in einer friedlicheren äußeren Verfassung als jemals die früheren Generationen.

Das ist eine gewaltige Leistung der letzten 60 Jahre. Wir haben diese Leistung allerdings nicht allein und nicht nur aus eigener Kraft zustande gebracht. Sondern wir verdanken sie unserer Einbettung in die europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis. Wir verdanken sie unseren Nachbarn. Wir verdanken sie allen Europäern, die gegen Diktatur und Unrecht und gegen die Teilung Europas aufbegehrt haben.

Zugleich aber legt uns das Vertrauen, das unsere Nachbarn und die einstmaligen Sieger heute in uns setzen, dies Vertrauen legt uns eine schwere Bürde auf. Denn wir allesamt sind belastet mit der Verantwortung dafür, dass sich die Schrecken der deutschen Vergangenheit nicht wiederholen dürfen. Das ist eine sehr schwere Verantwortung.

Zwar glauben viele, unser heutiger Friede sei doch selbstverständlich. Aber seit Jahrhunderten haben wir Deutsche uns keineswegs als eine sonderlich friedfertige Nation erwiesen. Richard von Weizsäcker, als Bundespräsident am vierzigsten Jahrestag der Kapitulation sprechend, hat sehr nüchtern festgestellt: „Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und für kein Land! ... Wir bleiben als Menschen gefährdet.“ Diese beiden Sätze sind leider die reine Wahrheit. Es ist leider wahr, dass wir Menschen verführbar sind. Auch wir Deutschen bleiben verführbar.

Weil wir einer denkbaren politischen Verführung widerstehen wollen, deshalb ist es notwendig, sowohl moralisch aus unserer Geschichte zu lernen als aber

auch politisch daraus zu lernen. Der politische Anfangsfehler wurde im Frühjahr 1930 gemacht. Denn drei Jahre, bevor Hitler an die Macht kam, ist – über eine nebensächliche Streitfrage – die Weimarer Koalition zerfallen, welche bis dahin die Reichsregierung getragen hatte.

(Schmidt bezieht sich hier auf den Rücktritt des Reichskanzlers Hermann Müller/SPD, den Hindenburg benutzte, um in vom Reichsgericht gebilligter Pervertierung der Weimarer Verfassung alle Macht an sich zu reißen, und so dem Reichstag jede Möglichkeit zu nehmen, die Reichsregierungspolitik zu beeinflussen. Das ist für Schmidt – und viele andere – das Ende der Parlamentarischen Weimarer Demokratie. Seitdem gab es bis zur Machtübergabe an Hitler nur noch Präsidialkabinette.)

Die demokratischen Parteien räumten freiwillig das Feld. Sie machten freiwillig Platz für eine Notverordnungs-Diktatur. So ist Hitler 1933 zur Macht gekommen, die er sogleich schändlich missbraucht hat.

Die Weimarer große Koalition hat nicht nur sich selbst aufgegeben, sie hat vor allem die parlamentarische Demokratie preisgegeben. Aus dieser historischen Tatsache haben wir für heute und morgen zu lernen.

Tatsächlich sind seit 1949 alle acht Bundeskanzler und ihre politischen Parteien und Fraktionen mit der parlamentarischen Demokratie sehr viel klüger umgegangen. Sie haben auch in kluger Weise dazu beigetragen, uns den äußeren Frieden zu erhalten. So haben wir unserem Grundgesetz und dem Völkerrecht gehorcht, als wir uns dem Krieg im Irak verweigert haben.

Dagegen wenn wir uns heutzutage an militärischen Eingriffen in Afghanistan beteiligen, dann geschieht es in Übereinstimmung mit unserem Grundgesetz, in Übereinstimmung mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – und gemeinsam mit unseren Verbündeten.

Man kann über solche Einsätze streiten. Jedoch jeder Soldat und jeder Rekrut darf sich darauf verlassen: Auch künftig werden Bundestag und Bundesregierung unsere Streitkräfte nur im Gehorsam gegen das Grundgesetz und nur im Gehorsam gegen das Völkerrecht einsetzen.

Liebe junge Soldaten! Ihr habt das große Glück – ganz anders als ich als Rekrut des Jahres 1937! –, Ihr habt das Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordnetem Staat zu dienen. Ihr müsst wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und

Gefahren umfassen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen.

Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle.

Hoffen wir, aber das genügt nicht: bemühen wir uns darum, dass der 20. Juli, stellvertretend für die ganze Breite des Widerstands, wenigstens für den größeren Teil unseres Volkes zu einem offiziellen Gedenktag des

Deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus wird.

Es müsste doch zu erreichen sein, dass die Kalenderproduktion diesen Tag rot markiert, damit die Leute wenigstens anfangen nachzudenken warum, damit gedankenlose Ignoranz wie dieses Jahr in Dortmund – um es bei einem Beispiel zu belassen – künftig unterbleiben

T 4

Kommentar von Marianne Reiff-Hundt

„Erinnerungskultur“, „aufarbeiten“, „Trauerarbeit“, „Gedengestaltung“ – das Vokabular würgt im Hals, unerträglich penetrant deutsch-protestantisch, die heilige Kuh, das goldene Kalb: immer ‚Arbeit‘, doch eher Gotteslohn als Mindestlohn – nur, bei Trauerarbeit schlägt keine Mehrwertsteuer zu Buche, auch nach über sechzig Jahren nicht. Ich kam fast zu spät – der Bus, hält direkt vor dem Eingang der Philharmonie; der Staatssekretär drechselte seine letzten Betroffenheitssätze für die Opfer der Euthanasie: dann konnte man zugreifen, und die 70 bis 100 Teilnehmer mampften Laugenbrezeln, und Getränke standen bereit. Fand ich deplaziert, peinlich. „Sie müssen ja nicht essen, nehme sich doch eine mit, ist ja schade drum, schmeißen die doch bloß weg...“ Zwei würdige ältere Herren machten sich Vorwürfe, dass das Amt wieder mal nicht an einen Kranz oder Blumen gedacht habe.

Eine Dame fragte mich nach der Bedeutung von Serras Eisenbogen, weit und breit kein Hinweis. Zusammen entzifferten wir den Text der Erdverklebten Inschrift der Bodentafel für die Ermordeten. Ein alter Herr legte zögerlich eine Rose auf den Text, bis uns ein Trupp junger Leute störte, der ohne einen Blick über die Tafel latschte. Da gehört eine Umfriedung

herum, ganz altmodisch wie etwa auf russischen Friedhöfen, mit einer Eisenkette. Haben wir aber früher schon gesagt!

Von den Insidern wurde gesagt, dass für T4 wieder eine Ausschreibung gemacht werden solle – wozu?! Im Hauptgebäude des authentischen Tatortes Witte-nauer Heilstätten hatten Mitarbeiter bereits eine vorzügliche Ausstellung zum Thema T4 erstellt, nur Ignoranz und Dummheit kann sie, wie die Wehrmachtsausstellung, in den Keller verbringen. Na, dann baut mal schön! Wir haben es ja.

Aber immerhin: jetzt hat Tante Friedchen, die Schwester meiner Mutter, eine Gedenkstelle, nicht zu verfehlen zwischen einem Dutzend BVG- Bushaltepflählen. Friedchen hatte multiple Sklerose, sie war 38, als sie abgeholt wurde, „verlegt“ nach Obrawalde. „Die jehme doch ne Spritze.“, sagte Oma, „Die seh ick doch nie wieder.“

Das stimmte. Gegen Vorauszahlung der Gebühren von ca. 2 Reichsmark bekam sie die Urne zurückgeschickt. Sie hatte 1943 mit ihren 75 Jahren kapiert, das OKW bis heute nicht.

Verfassungsschutz-Beobachtung



VS – Verband deutscher Schriftsteller

Dauerbeschattung von Dr. Gössner durch den Verfassungsschutz beenden

Anlässlich eines Artikels im Online-Magazin »stern.de« protestiert der Verband deutscher Schriftsteller (VS in ver.di) gegen die jahrzehntelange geheimdienstliche Beobachtung des Bremer Rechtsanwalts, Publizisten und Präsidenten der »Internationalen Liga für Menschenrechte«, Dr. Rolf Gössner, durch den Verfassungsschutz. Der Verband deutscher Schriftsteller fordert den Bremer Innensenator und alle politisch Verantwortlichen in dieser Angelegenheit auf, sich für ein sofortiges Ende der Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz einzusetzen.

An den Senator für Inneres und Sport in Bremen

Geheimdienstliche Beobachtung des Dr. Gössner

Sehr geehrter Herr Senator,

laut den Berechnungen unseres Mitgliedes, dem Anwalt und Publizisten Dr. Rolf Gössner, wird er seit nun mehr 38 Jahren vom Verfassungsschutz dauerbeschattet. Er klagt bekanntlich seit zwei Jahren beim Verwaltungsgericht Köln gegen die Bundesrepublik mit dem Ziel, umfassende Auskunft über die über ihn gespeicherten Datensätze zu erhalten.

Der Landesverband Niedersachsen-Bremen des Verbandes deutscher Schriftsteller in ver.di, dem Rolf Gössner angehört, bittet Sie hiermit, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass jegliche Beobachtung unseres Mitgliedes durch den Ver-

Rolf Gössner hat sich in zahlreichen Büchern immer wieder kritisch mit der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik beschäftigt. Seit 2007 ist er Mitglied und stellvertretender Sprecher der Deputation für Inneres sowie stellvertretender Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen.

VS – VERBAND DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER

Fachgruppe Literatur Niedersachsen und Bremen in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

13. März 2008

fassungsschutz sofort unterbunden wird und sämtliche Datensätze offen gelegt werden.

Unser Mitglied Rolf Gössner ist ein engagierter, anerkannt vorbildlich demokratischer Publizist, nicht zuletzt in seiner Funktion als Mitherausgeber des jährlich erscheinenden »Grundrecht-Reports«. Am 12. April wird u.a. ihm die Theodor-Heuss-Medaille für »vorbildlich demokratisches Verhalten« überreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen –

gez. Dr. Johann-G. König

- Landesvorsitzender des VS -

Pressemitteilung der Internationalen Liga für Menschenrechte vom 28. März 2008:

Geheimdienstlicher Überwachungsskandal: ein Fall für den Bundesrechnungshof

„Internationale Liga für Menschenrechte“ hält 38jährige Beobachtung ihres Präsidenten Rolf Gössner für Verschwendung öffentlicher Gelder

Angesichts der fortdauernden geheimdienstlichen Beobachtung von Liga-Präsident Dr. Rolf Gössner durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beabsichtigt die „Internationale Liga für Menschenrechte“, den Bundesrechnungshof mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die sich über fast achtunddreißig Jahre hinziehende Dauerüberwachung seiner beruflichen und ehrenamtlichen Kontakte – als Rechtsanwalt, Publizist, parlamentarischer Berater und Menschenrechtler sowie seit 2007 auch als Deputierter der Bremer Bürgerschaft und stellvertretender Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bre-

men – hält die Liga nicht allein für einen Verfassungsbruch in Permanenz, sondern auch für eine ans Lächerliche grenzende Verschwendung von Steuergeldern.

Deshalb handelt es sich nach Auffassung der Liga auch um einen Fall für den Rechnungshof – eine unverhältnismäßige Überwachungsgeschichte, die parallel zum derzeit laufenden Prozess des Betroffenen vor dem Verwaltungsgericht Köln gegen die Bundesrepublik Deutschland auch unter fiskalischen Aspekten aufgeklärt werden muss.

WESER KURIER
— online —

8.04.2008

"Sinnlose Verschwendung von Steuergeldern" Proteste gegen langjährige Überwachung des Anwalts Rolf Gössner Von unserem Mitarbeiter Volker Junck

BREMEN. Ein Fall für den Bundesrechnungshof? Das findet die Internationale Liga für Menschenrechte, deren Vize-Präsident der Bremer Anwalt und Publizist Rolf Gössner ist. In der seit 38 Jahren währenden Überwachung von Gössner durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht die Liga eine sinnlose Verschwendung von Steuergeldern.

Wie berichtet, wird der heute 60-jährige Jurist, Buchautor und Mitherausgeber des jährlich erscheinenden "Grundrechte-Report" seit seiner Studentenzeit vom Verfassungsschutz beschattet. In Köln

wird offensichtlich alles gesammelt, was Gössner publiziert und was seine Kontakte zu linken Gruppierungen betrifft. Seit zwei Jahren klagt der Bremer Anwalt beim Verwaltungsgericht Köln auf Herausgabe sämtlicher Daten.

Die Internationale Liga hält die Dauerüberwachung ihres Vize-Präsidenten nicht nur für einen Verfassungsbruch, sondern eine "ans Lächerliche grenzende Verschwendung von Steuergeldern." Auch die Neue Richtervereinigung (NRV) fordert ein sofortiges Ende der Überwachung, die auch Gössners Tätigkeit als Rechtsanwalt

einschränke. Der Fall wurde bundesweit publik, nachdem Rolf Gössner in Bremen nicht nur als parteiloser Vertreter der Linkspartei in die Innendeputation gewählt wurde, sondern auch zum stellvertretenden Richter am Staatsgerichtshof. In der Innendeputation, deren stellvertretender Sprecher er ist, war Gössner gerade an der Neuordnung des Landesamtes für Verfassungsschutz beteiligt.

Nachdem sich Organisationen wie beispielsweise die Bremer Georg-Elser-

Initiative und der Verband deutscher Schriftsteller (VS) an Innensenator Willi Lemke (SPD) gewandt hatten, traf sich dieser jetzt mit Gössner zu einem vertraulichen Gespräch. Dabei hat Lemke laut Gössner versichert, dass das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz keinerlei Daten über ihn gesammelt habe und dies auch nicht tun werde. Somit sei allein die Bundesregierung für ein Ende der Beschattung zuständig.

Rechtsradikalismus

Presseerklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte vom 20.07.2008

Liga verurteilt rechtsradikale Drohungen aus dem „Kommando Spezialkräfte“ gegen kritischen Oberstleutnant und fordert unverzügliche Maßnahmen der Bundeswehrführung und des Verteidigungsministers

Das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK), die „Elitetruppe der Bundeswehr“, hat einen neuen Skandal: Vor acht Monaten hatte KSK-Hauptmann Daniel K. eine Mail an den kritischen Bundeswehr-Oberstleutnant Jürgen Rose geschickt, in der er diesen mit folgenden Worten massiv bedrohte:

„Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln daran ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen... Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“

Nach der Unterschrift ist zu lesen *„Es lebe das heilige Deutschland“*.

Der Freiburger Historiker Wolfram Wette fühlt sich angesichts dieser bedrohlichen Sätze aus der „Elitetruppe“ an die militaristisch-

nationalistische Vorstellungswelt der 20er Jahre und ihre mörderischen Konsequenzen erinnert: *„Da hören wir den Originalton der rechtsradikalen Freikorpskämpfer aus den frühen Jahren der Weimarer Republik, die später durchweg bei der NSDAP und der SS landeten... Wer sich damals zu Demokratie und Pazifismus bekannte und das Militär kritisierte, wer gar aus den Reihen der ewigen Krieger ausscherte und beispielsweise etwas über die geheimen und illegalen Rüstungen ausplauderte, konnte seines Lebens nicht mehr sicher sein“* (FR 04.04.2008, S. 10).

Jürgen Rose, der Adressat der Hetzmail, ist Vorstandsmitglied der kritischen Soldatenvereinigung „Darmstädter Signal“. Als aktiver Bundeswehrangehöriger verweist er immer wieder auf nicht-militärische Alternativen zu weltweiten Kriegseinsätzen und hält den Einsatz der Tornado-Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr in

Afghanistan für völkerrechtswidrig. Deshalb hat er eine dienstliche Mitwirkung an diesen Einsätzen strikt verweigert. Offenbar wird er wegen dieser Haltung zum „Feind im Inneren“ deklariert, den es zu „zerschlagen“ gilt.

Zunächst versuchte Jürgen Rose, den Vorgang aus dem KSK durch die Bundeswehrführung klären und ahnden zu lassen. Gegen den KSK-Hauptmann ist daraufhin jedoch nur eine geringfügige Disziplinarmaßnahme ausgesprochen worden. Ansonsten gab es beredtes Schweigen. Deshalb beschloss Jürgen Rose den Vorgang öffentlich zu machen.

Die „Internationale Liga für Menschenrechte“ fordert eine rückhaltlose Aufklärung dieser Affäre, die an Fememord und physische Vernichtung von Militärkritikern sowie an Militärputsch denken lässt.

In einem Schreiben an die Adresse des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehrführung – so an General Wolfgang Schneiderhan und den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde – bittet das Liga-Präsidium um die Beantwortung folgender Fragen:

- Gibt es innerhalb der KSK eine „neue Generation von Offizieren“, die die Drohung wahr machen könnten, zu „handeln, wenn es die Zeit erforderlich macht“?
- Wie stark sind rechtsradikale und demokratiefeindliche Strömungen in der KSK und wie viele und welche Vorkommnisse, die hierauf hindeuten, sind in den letzten Jahren zu verzeichnen?
- Welche Rolle spielen dabei die Vorgesetzten der KSK – konkret: Welchen Einfluss haben und hatten etwa Vorgesetzte, wie der Inspekteur des Heeres, der als höchster truppendienstlicher Vorgesetzter der KSK seit Jahren den „archaischen Kämpfer“ fordert oder auch Brigadegeneral Reinhard Günzel, der

als KSK-Kommandeur abgelöst werden musste, weil er antisemitische Äußerungen des später aus der CDU ausgeschlossenen Abgeordneten Martin Hohmann bejubelt hatte?

- Weshalb nahm die Bundeswehrführung zu dem schändlichen Auftritt aus der "Elitetruppe der Bundeswehr" gegen einen andersdenkenden Bundeswehrangehörigen nicht klar und deutlich Stellung – und zwar weder General Hans-Otto Budde noch Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan noch Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung oder sein Staatssekretär Dr. Peter Wichert?
- Ist Hauptmann Daniel K. noch bei der KSK tätig und welche Disziplinarmaßnahme wurde gegen ihn verhängt?
- Kann sich ein demokratischer Rechtsstaat wie die Bundesrepublik eine weltweit und geheim operierende Sondereinheit der Bundeswehr leisten, die starke Verselbständigungstendenzen aufweist, weil sie wegen ihrer Geheimhaltungspolitik praktisch nicht oder nur sehr eingeschränkt demokratisch kontrollierbar ist?

Die KSK-Affäre ist nach Auffassung des Liga-Präsidiums unverzüglich aufzuklären und muss zu dienstlichen sowie politischen Konsequenzen führen. Gefordert wird darüber hinaus die Offenlegung aller bisher geheimgehaltenen Vorgänge, Kampfeinsätze und sonstigen Operationen.

Abschließend stellt das Liga-Präsidium fest, dass eine Generalrevision des „Kommandos Spezialkräfte“ sowie die vollständige Aufklärung seiner Teilnahme an der völkerrechtswidrigen Operation Enduring Freedom in Afghanistan nicht zuletzt auch im Interesse des Vertrauens in die rechtsstaatlich legitimierte Verfasstheit der Bundeswehr dringend geboten sind.

Prozessbeobachtung: Gewalt gegen Asylbewerber

Dessauer Prozess gegen zwei Polizeibeamte wegen des Verbrennungstods eines Asylbewerbers in Polizeigewahrsam

Ein Ende dieses aufsehenerregenden Prozesses, der seit März 2007 vor dem Landgericht Dessau stattfindet und den die Liga zusammen mit Pro Asyl von Anfang an beobachtet, ist immer noch nicht abzusehen (vgl. zu diesem Prozess die letzten Liga-Reports). Zwei neue Brandgutachten mussten erstellt werden, die zum Ziel haben, die Verantwortung des Hauptangeklagten feststellen zu können. Die Anklage wirft ihm vor, nicht rechtzeitig gehandelt zu haben, um Jalloh zu retten.

Aber immer noch gibt es keine Klarheit über den Verbrennungstod von Oury Jalloh im Polizeigewahrsam – daran wird vermutlich auch ein drittes in Auftrag gegebenes Brandgutachten nicht viel ändern. Insbesondere die Fragen um ein ominöses Feuer-

zeug, mit dem Jalloh in fixiertem Zustand angeblich, so die Anklage, selbst Feuer gelegt und die feuerfeste Matratze, auf der er lag, angezündet haben soll, sind bislang vollkommen ungeklärt – ja im bisherigen Prozessverlauf haben diese Fragen nach den Ursachen des Brandes nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Der von polizeilichen Falschaussagen, Vertuschungen, Widersprüchen und Ermittlungsspannen geprägte Prozess, der nun seit 16 Monaten mit großem Aufwand geführt wird, geht weiter. Inzwischen sind die Prozesstermine bis in den Oktober hinein festgelegt worden. Eine wirkliche Aufklärung des Falles wird immer unwahrscheinlicher.

Rolf Gössner

Iran

Menschenrechtsverletzungen im Windschatten der aktuellen Diskussionen

Arni Mehnert

Offensichtlich nutzt die Islamische Republik Iran die aktuellen Diskussionen zur Urananreicherung und die Kriegsandrohungen gegen den Iran, – im Falle der Planung und des Baus von Atomwaffen – als Deckung, um die fortlaufende Praxis gravierender Menschenrechtsverletzungen fortsetzen. In den letzten Monaten gab es in verstärktem Maße ungerechtfertigte Festnahmen, Inhaftierungen, Verurteilungen, Folterungen und Hinrichtungen politisch anders denkender und sich äußernder Bürger, die jedoch weltweit nur wenig Aufmerksamkeit in den Medien fanden.

Die Regierung und deren verhandelnde Vertreter der Bundesrepublik seien hiermit aufgefordert, klar zu stellen, dass sie einerseits nicht bereit ist, jedweden Militärschlag gegen den Iran zu unterstützen oder sich daran mittelbar zu beteiligen – dass sie also aus-

schließlich auf politische Verhandlungen setzt – andererseits müssen die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen durch die Islamische Republik in alle Verhandlungen – auch in die aktuellen, bezüglich der Urananreicherung – kritisch, sofortige Änderung fordernd, einbezogen werden.

Die folgenden Beispiele aktueller und weiter bestehender Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran mögen die Notwendigkeit obiger Forderungen exemplarisch verdeutlichen:

Das Todesurteil gegen Farzad Kamangar, wurde von der kurdischen obersten Justizbehörden bestätigt. Ihm wird Mitgliedschaft in einer oppositionellen, verbotenen Partei vorgeworfen.

Die 22 jährige Frauenrechtlerin, Hana Abdi wurde am 18. Juni 2008 von einem Revolutionsgericht in der Stadt Sanandaj zu 5 Jahre Haft und Verbannung verurteilt. Ihr wird Teilnahme an „Straftaten gegen die nationalen Sicherheit“ vorgeworfen.

Mohammad Sedigh Kabudwand, kurdischer Menschenrechtler und Mitbegründer des Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte im Iranischen Kurdistan, wurde zu 11 Jahren Haft verurteilt.

Die Todesurteile gegen 177 Minderjährige in den letzten 10 Jahren haben weiter Bestand. Etwa 30 von ihnen wurden bereits hingerichtet die anderen sind noch inhaftiert.

Gegen 8 Frauen und einen Mann ergingen wegen

Ehebruchs Todesurteile durch Steinigungen.

Der Rechtsanwalt Dr. Naser Zarafshan wurde bei einer Gedenkveranstaltung für den Iranischen Dichter Ahmad Shamlou wieder verhaftet. Dr. Zarafshan ist seit kurzem Vorsitzender des Iranischen Schriftstellerverbandes und war erst letztes Jahr nach fünfjähriger Haft entlassen worden. 2007 hatte er den Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes für die Verteidigung der Menschenrechte im Iran erhalten.

Trotz einer Petition, die zur Haftverschonung des linksgerichteten politischen Aktivisten Abed Tavancheh aufgerufen hatte, wurde er am 23.08.2008 inhaftiert. (*Petition s.u.*)

Petition

Stopp! Inhaftiert nicht Abed Tavancheh

(Übersetzung aus dem Englischen)

Am 6. Dezember 2007 wurde der linkspolitische Aktivist Abed Tavancheh nach Inhaftierung und Verhör gegen eine beträchtliche Kautionsentlastung.

Dann, am 15 April 2008, wurde er vor das Revolutionsgericht in der Provinz Markazi geladen und zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Man gab ihm 20 Tage Zeit, um in Berufung zu gehen.

Da man es eilig hatte den Fall abzuschließen, wurde ihm nicht die Möglichkeit gegeben sein Berufungsverfahren richtig vorzubereiten. Überdies war sein Rechtsanwalt in vielen Sitzungen des Gerichts nicht anwesend und er und seine Familie befinden sich unter großem Druck. Deshalb wurde eine Kampagne gegründet, um Abed Tavancheh und seine Familie zu unterstützen.

Basierend auf dem eindeutigen Recht auf Freiheit des Einzelnen, beteuern wir, dass wir jedes Urteil ablehnen, welches im Widerspruch zu den Menschenrechten steht.

Wir bitten Euch, Eure Unterstützung zu verstärken und die Inhaftierung eines aktiven Kommilitonen dafür, dass er das Recht auf Meinungsfreiheit praktizierte, zu stoppen. Wir glauben, hier geht es nicht nur um einen Einzelnen, und nicht gestoppt, wird hier ein Beispiel zunehmender Unterdrückung aller linksgerichteten Aktivisten statuiert.

Mit freundlichen Grüßen,
die Kampagne zur Unterstützung
von Abed Tavancheh

Verschiedenes

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

Online-Flyer Nr. 146 vom 14.05.2008

Wie doch manchmal etwas zustande kommt

Grundrechte-Report 2008

Von Eckart Spoo

Im Grundrechte-Report 2008, der am 8. Mai im Schlosshotel Karlsruhe vorgestellt wurde, dokumentieren mittlerweile zum zwölften Mal neun Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen eine Fülle beispielhafter Fälle (siehe NRhZ 48 und 97). Die herausgebenden Organisationen wurden im April mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet für „ihre scharfe Beobachtung und Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen den Verfassungsgrundsätzen und der Verfassungswirklichkeit, mit der sie der demokratischen Bürgergesellschaft ein Instrument zur Wahrung ihrer vitalen Interessen an die Hand geben.“ Eckart Spoo berichtet, wie dieses Jahrbuch zustande kam. – Die Redaktion.

Der „Grundrechte-Report“, der jetzt zum zwölften Male erscheint, wird dieser Tage in Stuttgart mit dem Theodor-Heuss-Preis gewürdigt. Das ist eine erfreuliche Nachricht, auch für mich, wenn gleich ich nicht zu den Verehrern des ersten Bundespräsidenten gehöre, der einst als Reichstagsabgeordneter dem Ermächtigungsgesetz, also der NS-Diktatur zugestimmt hatte und der restaurativen Politik des ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, kaum ein liberales Tüpfelchen aufmalte. Aber es gab und gibt Freidemokraten, die inzwischen zur Verteidigung von Grundrechten wacker beigetragen haben: Hildegard Hamm-Brücher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Burkhard Hirsch, auch Max Stadler.

„Alternativer Verfassungsschutzbericht“

Mitte der 1990er Jahre hatte mich der damalige Vorsitzende der Humanistischen Union, Till

Müller-Heidelberg, zu einer Wochenendtagung eingeladen, auf der beraten werden sollte, wie die Bürgerrechtsbewegung (von dem, was sich in Ostdeutschland unter diesem Namen geregt hatte, war schon nicht mehr viel zu spüren) unter veränderten politischen Bedingungen neue Wirksamkeit erlangen könnte. Ich schlug vor, den Verfassungsschutzberichten, in denen die Innenminister des Bundes und der Länder alljährlich beklagen, welche Gefahren dem Staate drohen, einen Bericht über die Gefahren und Verstöße, die vom Staate selbst und seinen Organen ausgehen, entgegenzustellen. Außerdem warb ich dafür, einmal auf einem Kongress in Berlin einen Überblick zu geben, wie von den verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten immer mehr abbröckelt, teils im Alltag durch Behördenwillkür oder obrigkeitsergebene Richtersprüche, teils durch eine Gesetzgebung, die immer wieder einer vermeintlichen Sicherheit des Staates Vorrang vor der Freiheit der Bürger gibt (Notstandsgesetze, Sicherheitsgesetze, Antiterrorgesetze und so weiter).

Für den „Alternativen Verfassungsschutzbericht“, der dann den Namen „Grundrechte-Report“ erhielt, gab es große Zustimmung. Der Rowohlt Verlag, den ich darauf ansprach, sagte zu, und so konnte 1997 das erste Jahrbuch mit Themen wie Abhören, Abschiebehaft, Polizei-Übergriffe oder Eingriffe in die Pressefreiheit erscheinen. Herausgeber waren und blieben außer der Humanistischen Union auch die Gustav-Heinemann-Initiative, das Komitee für Grundrechte und Demokratie und der Bundesarbeits-

kreis Kritischer Juragruppen. Inzwischen kamen als Mitherausgeber Pro Asyl, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein, die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, die Internationale Liga für Menschenrechte und die Neue Richtervereinigung hinzu. Ein Verlagswechsel von Rowohlt zu S.Fischer änderte nichts am Konzept. An Material hat es all die Jahre leider nie gefehlt.

38 Jahre geheimdienstlich beobachtet

Ich hoffe, bei der Preisverleihungsfeier wird ein Skandal gebührend zur Sprache kommen: Der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Ossietzky-Mitherausgeber Rolf Gössner (60), inzwischen auch stellvertretender Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen, wird seit 38 Jahren durch das Bundesamt für Verfassungsschutz geheimdienstlich beobachtet. Der Liga ist zuzustimmen, wenn sie diese Dauerüberwachung eines Bürgerrechtlers „nicht allein für einen Verfassungsbruch in Per-

manenz, sondern auch eine ans Lächerliche grenzende Verschwendung von Steuergeldern“ hält, also „einen Fall für den Rechnungshof.

Übrigens: Auch der vorgeschlagene Kongress wird nun bald stattfinden, gemeinsam veranstaltet von allen neun Herausgeber-Organisationen des „Grundrechte-Reports“ am 23. und 24. Mai in der Berliner Humboldt-Universität: „Sicherheitsstaat am Ende“ – Kongress zur Zukunft der Bürgerrechte. (PK)

Eckart Spoo ist verantwortlicher Redakteur der Zweiwochenschrift "Ossietzky".

Der neue Grundrechte-Report ist seit Mai 2008 im Buchhandel erhältlich.

Die Theodor-Heuss-Medaillen sind inzwischen verliehen worden (s. u.) und der Kongress der Herausgeber des Grundrechte-Reports hat im Mai in Berlin stattgefunden (Abschluss-Resolution s.u.).

Theodor-Heuss-Medaille für den Grundrecht-Report Ehrung für die Herausgeber des „alternativen Verfassungsberichts“

Die Herausgeber des Grundrechte-Reports wurden am Samstag, dem 12. April 2008, mit der Theodor-Heuss-Medaille geehrt. In der Begründung des von der Theodor-Heuss-Stiftung verliehenen Preises heißt es: *„Die Herausgeber ... erhalten die Medaille angesichts des außerordentlichen Engagements, mit dem sie seit 1997 in einer jährlichen Bestandsaufnahme zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland die Defizite, aber auch die positiven Entwicklungen, aufzeigen und damit die Verfasstheit unseres demokratischen Gemeinwesens einer durch Sachverstand belegten schonungslosen Realitätsprüfung unterziehen.“*

Ausgezeichnet wurden folgende Herausgeber/innen des Grundrechte-Reports:

- Dr. Till Müller-Heidelberg, Humanistische Union (www.humanistische-union.de)
- Moritz Assall, Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (www.bakj.de)
- Ulrich Engelfried, Neue Richtervereinigung (www.nrv-net.de)
- Ulrich Finckh, Gustav Heinemann-Initiative (www.gustav-heinemann-initiative.de)
- Dr. Rolf Gössner, Internationale Liga für Menschenrechte (www.ilmr.de)

- Wolfgang Kaleck, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (www.rav.de)
- Prof. Dr. Martin Kutscha, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (www.vdj.de)
- Jürgen Micksch, Pro Asyl (www.proasyl.de)
- Dr. Elke Steven, Komitee für Grundrechte und Demokratie (www.grundrechtekomitee.de)

Der Theodor-Heuss-Preis, den dieses Jahr Gerhard Baum erhält, und die Theodor-Heuss-Medaille werden seit 1965 von der „Theodor-Heuss-Stiftung zur Förderung der politischen Bildung und Kultur in Deutschland und Europa e.V.“ (Stuttgart) verliehen. Mit den Preisen sollen Personen und Gruppen gewürdigt werden, die sich „*durch vorbildliches demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage und beispielhaften Einsatz für das Allgemeinwohl*“ verdient gemacht haben. Neben den Herausgebern des Grundrechte-Reports erhalten der Journalist Boris Reitschuster, der Bielefelder Datenschutzverein FoeBud e.V. sowie das Fanprojekt Dresden e.V. weitere Medaillen.

Bürgerrechte statt Sicherheitsstaat

Neun Bürger- und Menschenrechtsgruppen haben am 23./24. Mai 2008 zu einem Kongress über die Zukunft der Bürgerrechte nach Berlin eingeladen. Zahlreiche Experten aus Wissenschaft, Rechtspraxis, Medien und Politik kritisierten dabei die sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre und diskutierten mit den Teilnehmern über mögliche Alternativen. Die TeilnehmerInnen der Tagung verabschiedeten folgende Resolution:

Bürgerrechte statt Sicherheitsstaat. Bürgerrechtler fordern Stopp weiterer Überwachungsvorhaben und die Rücknahme von Grundrechtseinschränkungen

Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren zahlreiche so genannte Sicherheitsgesetze verabschiedet. Dadurch geraten immer mehr Menschen ins Visier staatlicher Überwachung, gegen die sie sich kaum wehren können. Mit pauschalen Verdächtigungen und ausufernder Kontrolle gefährdet diese Sicherheitspolitik gerade das, was sie zu schützen vorgibt: eine freiheitliche Gesellschaft und rechtsstaatliche Grenzen staatlichen Handelns.

Die Teilnehmer der Konferenz fordern deshalb den sofortigen Stopp weiterer Überwachungsvorhaben und eine Politik, die grundrechtliche Freiheiten respektiert. Eckpunkte einer solchen Politik sind:

- Unsere Gesellschaft braucht überwachungsfreie Räume: Jedem Menschen, egal was er begangen hat oder wessen er verdächtigt wird, muss eine überwachungsfreie Privatsphäre zugestanden werden. Auf Ermittlungsmaßnahmen wie die Online-Durchsuchung von Computern, die unvermeidbar in den Kernbereich privater Lebensgestaltung eingreifen, muss eine freiheitliche Gesellschaft verzichten.
- Die Prävention von Gefahren darf kein Staatsziel werden, dem wir unsere Freiheit opfern. Wir fordern deshalb einen Verzicht auf alle Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen, die ohne jeglichen Verdacht das Kommunikationsverhalten, die Bewegungen oder Verhaltensweisen der gesamten Bevölkerung kontrollieren.

- Staatliches Handeln soll offen, erkennbar und überprüfbar sein. Diesen Prinzipien widerspricht die zunehmende Zentralisierung von Sicherheitsbehörden. Polizeiliches und geheimdienstliches Handeln sind strikt zu trennen, die gemeinsame Nutzung von Datenbeständen ist zu beenden.
- Eine freie Gesellschaft braucht den Protest und die Tolerierung Andersdenkender: Willkürliche Maßnahmen gegen Demonstrierende und die Kriminalisierung sozialen Protests sind zu beenden.
- Eine freie Gesellschaft verträgt keine Militarisierung. Für Einsätze der Bundeswehr im Inland oder eine zivil-militärische Zusammenarbeit ist kein Platz in einer rechtsstaatlichen Demokratie.
- Grundrechtliche Freiheiten müssen im vollen Umfang auch für MigrantInnen und Flüchtlinge gelten: Sie haben ebenso einen uneingeschränkten Anspruch auf den Schutz ihres Privatlebens. Die ausufernde Praxis der Abschiebungshaft, die selbst gegenüber Minderjährigen und zum Teil ohne richterliche Kontrolle praktiziert wird, ist unverhältnismäßig und deswegen abzuschaffen.
- Im Übrigen gilt: Freiheitsrechte sind ohne die materiellen Voraussetzungen, sie in Anspruch nehmen zu können, nur von begrenzter Wirkung. Eine Gesellschaftspolitik, die die sozialen Gegensätze immer weiter verschärft und die Verarmung größerer Bevölkerungsteile vorantreibt, widerspricht dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Die Konferenz „Sicherheitsstaat am Ende. Kongress zur Zukunft der Bürgerrechte“ wurde gemeinsam von den Herausgebern des Grundrechte-Reports veranstaltet. Das sind der Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen, die Gustav Heinemann-Initiative, die Humanistische Union, die Internationale Liga für Menschenrechte, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Neue Richtervereinigung, Pro Asyl, der Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein und die Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen.

Der Grundrechte-Report versteht sich als alternativer Verfassungsschutzbericht, der über hoheitliche Einschränkungen und Verletzungen grundrechtlich verbürgter Freiheitsgarantien berichtet. Die seit 1997 jährlich erscheinende Dokumentation berichtet über Verfassungsbrüche, die in keinem der Verfassungsschutzberichte auftauchen. Im Gegensatz zu jenen staatlichen Berichten bedient sich der Grundrechte-Report ausschließlich öffentlich zugänglicher und überprüfbarer Quellen.

Weiterführende Informationen finden Sie unter: www.grundrechte-report.de.

Theodor-Heuss-Stiftung zur Förderung der politischen Bildung
und Kultur in Deutschland und Europa e.V.



Eine Theodor-Heuss-Medaille für das Jahr 2008

wird den

Herausgebern des „Grundrechte-Reports zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“

zuerkannt, für die fundierte, detailliert belegte und an liberalen Rechtsgrundsätzen orientierte Arbeit, die sie seit 1997 mit ihrer jährlich erscheinenden Dokumentation zur Situation der Grundrechte in Deutschland leisten.

Ausgezeichnet werden folgende Herausgeber/innen des „GRUNDRECHTE-REPORTS“: **Moritz Assall** / Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen; **Ulrich Engelfried** / Neue Richter Vereinigung; **Ulrich Finckh** / Gustav-Heinemann-Initiative; Dr. **Rolf Gössner** / Internationale Liga für Menschenrechte; **Wolfgang Kaleck** / Republikanischer Anwältinnen- u. Anwälteverein); Prof. Dr. **Martin Kutscha** / Vereinigung Demokratischer JuristInnen; **Jürgen Micksch** / Pro Asyl; Dr. **Till Müller-Heidelberg** / Humanistische Union; Dr. **Elke Steven** / Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Der Grundrechte-Report hat sich als „alternativer Verfassungsschutzbericht“ etabliert. Als solcher kritisiert er die Beeinträchtigungen von Grund- und Menschenrechten durch staatliche Gewalt, zeigt aber auch positive Beispiele der Verteidigung bürgerlicher Freiheiten auf. Die neun beteiligten Organisationen – die Humanistische Union, die Gustav Heinemann-Initiative, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein, die Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen, die Internationale Liga für Menschenrechte, die Neue Richtervereinigung und Pro Asyl – stellen seit Jahren eine zunehmende Kluft zwischen den Ansprüchen des Grundgesetzes und der Realität bei der Achtung der Grundrechte in Deutschland fest. Ihre Bestandsaufnahmen weisen auf die immer offensichtlicher werdende Bedrohung unserer Verfassung nicht nur durch Extremisten und Fundamentalisten, sondern auch durch Behörden, Regierungen und Gesetzgeber in Bund und Ländern und damit auf den schleichenden Prozess einer von den Bürgern noch zu wenig wahrgenommenen Erosion der Grundrechte hin. Im Mittelpunkt des Grundrechte-Reports 2008, der wie jedes Jahr zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai erscheinen wird, steht die Dokumentation und rechtliche Wertung des Ausbaus des Überwachungsstaates, der Verletzung der Pressefreiheit, der Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts, der Verschärfung des Ausländer- und Flüchtlingsrechts und der zunehmenden Repression gegenüber Muslimen.

Den Herausgebern des Grundrechte-Reports schulden wir Dank und Anerkennung für ihre scharfe Beobachtung und Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen den Verfassungsgrundsätzen und der Verfassungswirklichkeit, mit der sie der demokratischen Bürgergesellschaft ein Instrument zur Wahrung ihrer vitalen Interessen an die Hand geben.

Stuttgart, den 12. April 2008

Ludwig Theodor Heuss, Vorstandsvorsitzender / **Jutta Limbach**, Kuratoriumsvorsitzende

Aufruf zu europaweiten Demonstrationen gegen Überwachung am 11. Oktober 2008

Europäischer Aktionstag „Freiheit statt Angst 2008 – Stoppt den Überwachungswahn!“ in ganz Europa am 11. Oktober 2008

Eine breite Bewegung von Aktivisten und Organisationen ruft alle Menschen auf, sich am Protest gegen übermäßige Überwachung durch Unternehmen und Regierungen zu beteiligen. Am 11. Oktober 2008, gehen besorgte Menschen in ganz Europa unter dem Motto „Freiheit statt Angst 2008“ auf die Straße. Friedliche Proteste und kreative Aktionen, von Protestmärschen bis Partys, finden gleichzeitig in vielen europäischen Hauptstädten statt.

Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind – der „große Bruder“ Staat und die „kleinen Brüder“ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Zunehmend werden diese Datenbanken vernetzt, um Menschen maschinell zu bewerten und zu rastern.

Der daraus resultierende Mangel an Privatsphäre und die Vertraulichkeit gefährdet die Freiheit des Glaubensbekenntnisses, die Meinungsfreiheit, sowie die Arbeit von Ärzten, Beratungsdiensten, Rechtsanwälten und Journalisten.

Die vielfältige Agenda der Reform des Sicherheitssektors umfasst die Aufhebung der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär, und bedroht damit das Gleichgewicht der Mächte.

Mit Methoden der Massen-Überwachung, die grenzenlose Zusammenarbeit von Militär, Geheimdiensten und Polizei-Behörden führt dabei auf den Weg zu einer „Festung Europa“, richtete sich gegen Flüchtlinge und anders aussehende Menschen, aber auch zum Beispiel gegen politische Aktivisten, die Armen und Unterprivilegierten, und Sportfans.

Menschen, die sich ständig beobachtet und überwacht fühlen, können sich nicht unbefangen und mutig für ihre Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen.

Massen-Überwachung bedroht damit die Basis einer demokratischen und integrativen Gesellschaft.

Massen-Überwachung gefährdet auch die Arbeit und das Engagement von Organisationen der Zivilgesellschaft.

Überwachung, Misstrauen und Angst verändern unsere Gesellschaft schrittweise in eine Gesellschaft unkritischer Verbraucher, die „nichts zu verbergen haben“ und dem Staat gegenüber – zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit – ihre Freiheitsrechte aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!

Wir glauben, dass der Respekt vor unserer Privatsphäre der Respekt vor einem wichtigen Teil unserer menschlichen Würde ist. Eine freie und offene Gesellschaft kann ohne bedingungslos privaten Räume und Kommunikation nicht existieren.

Doch die zunehmende elektronische Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung macht uns nicht alle aus sicherer Kriminalität, kostet Millionen von Euro und stellt die Privatsphäre unschuldiger Bürger in Gefahr. Wo Angst und Aktionismus regieren, bleiben gezielte und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit ebenso auf der Strecke wie ein Angehen der wirklichen, alltäglichen Probleme der Menschen, wie Arbeitslosigkeit und Armut.

Um gegen Sicherheitswahn und die ausufernde Überwachung zu protestieren, gehen wir in den Hauptstädten ganz Europa am 11. Oktober 2008 auf die Straße. Wir rufen alle auf, sich unseren friedlichen Protesten anzuschließen. Die Politiker sollen zu sehen, dass die Bürger für den Schutz unserer Freiheiten wieder auf die Straße gehen!

Sie finden die neuesten Informationen über die Proteste und die Liste der teilnehmenden Städte auf unserer Website:

[http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Freedom Not Fear 2008](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Freedom_Not_Fear_2008).

Unsere Forderungen

1. Weniger Überwachung

- Abschaffung der pauschalen Protokollierung der Kommunikation und unsere Standorte (Vorratsdatenspeicherung)
- Abschaffung der pauschalen Erhebung der biometrischen Daten, sowie von RFID-Pässen
- Abschaffung der pauschalen Sammlung von genetischen Daten
- Abschaffung der ständigen Kameraüberwachung und automatischer Erkennungssysteme
- Stopp der Finanzierung für die Entwicklung neuer Überwachungstechniken
- Keine pauschalen Registrierung aller Flugreisenden (PNR-Daten)
- Kein Informationsaustausch mit den USA und anderen Staaten ohne wirksamen Datenschutz
- Keine Durchsuchung von privaten Computer-Systemen, weder online noch offline
- Keine Überwachung und Filterung von Internet-Kommunikation

2. Evaluierung der bestehenden Überwachungsbefugnisse

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller bestehenden Überwachungsbefugnisse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und schädliche Nebenwirkungen.

3. Moratorium für neue Überwachungsbefugnisse

Nach der Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen für neue Überwachungsgesetze, die eine weitere Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten bedeuten.

4. Gewährleistung der Meinungsfreiheit, des Dialogs und der Informationen über Internet

- Verbot der Installation von Filtern in der Infrastruktur des Internet.
- Beseitigung von Internet-Inhalten nur durch unabhängige und unparteiische Richter.
- Einführung des Rechts, Multimedia-Inhalte zu zitieren, die heute unverzichtbar für die öffentliche Debatte in Demokratien sind.

Über uns: Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern in über 50 Ortsgruppen, die sich für den Schutz unserer Freiheitsrechte in Zeiten ausufernder Überwachung einsetzen. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist politisch unabhängig und überparteilich. Wir distanzieren uns von menschenverachtenden, gewaltbereiten Schutz von Plattformen der freien Meinungsäußerung im Internet (partizipativen Websites, Foren, Kommentare in Blogs), die heute durch unzureichende Gesetze bedroht sind, welche zu Selbstzensur führen. und demokratiefeindlichen Positionen.

Wir verknüpfen den Aufruf zur aktiven Teilnahme an den Demonstrationen mit einem Spendenaufruf, um mehr Informationsveranstaltungen finanzieren und Infomaterialien zur Verfügung stellen zu können. Informationen für Spender/innen: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/66/81/>

Links: Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung: <https://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Planung der bundesweiten Proteste am 11. Oktober 2008:
https://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Freedom_Not_Fear_2008

Termine & Veranstaltungen

Liga

**Bis zum 15. August 2008 bitte,
Vorschläge für die Medaillenverleihung 2008**
an die Internationale Liga für Menschenrechte,
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin senden.

**30. August 2008, 14:00,
Außerordentliche Mitgliederversammlung**
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

**31. August 2008: 11:00 Uhr
Kuratoriumssitzung**
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

**7. Dezember 2008, 11:00 Uhr,
Medaillenverleihung 2008**
im Haus der Kulturen der Welt,
John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin

Die nächsten Vorstandssitzungen
der Internationalen Liga für Menschenrechte
finden im Liga-Büro, Greifswalder Straße 4,
10405 Berlin am
25. August 2008, 19:00 Uhr,
29. September 2008, 19:00 Uhr,
27. Oktober 2008, 19:00 Uhr und
24. November 2008, 19:00 statt.

Impressum

Liga-Report – Informationsbrief
der Internationalen Liga für Menschenrechte,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,
Tel. 030 – 396 21 22; Fax 030 – 396 21 47;
Mail: vorstand@ilmr.org; Internet: www.ilmr.de

Redaktion 2/2008: Arni Mehnert
Mitarbeit: Rolf Gössner, Reinhard Strecker, Marianne
Reiff-Hundt, Arni Mehnert,
Mila Mosafer **ViSDP:** Arni Mehnert

**Spenden bitte an: Bank für Sozialwirtschaft,
Konto 33 17 100; BLZ 100 205 00**

Weitere

30. August 2008, 11:00 Uhr
Kranzniederlegung am Denkmal für Cemal Kemal Altun anlässlich seines 25-jährigen Todestages,
Hardenbergstraße 17, 10623 Berlin

31. August 2008, 19:00
Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Todestages Cemal Kemal Altuns in der Heilig-Kreuz-Kirche, Zossener Straße 65, 10961 Berlin

6. September 2008, 19:00 Uhr
Veranstaltung zur Situation im Iran,
Werkstatt der Kulturen,
Wissmannstraße 32, 12049 Berlin

13. September 2008, 14:00 Uhr
Menschenrechte in Zeiten des Terrors, Vortrag
während des IPPNW-Kongresses Kultur des Friedens
Berlin, Urania

29. September 2008, 19:00 Uhr
Veranstaltung mit MdB Jan Korte:
Zeit für eine neue Bürgerrechtsbewegung, Bürger-
schaftsfraktion Die Linke, Bremen, Bremen-Nord

9. Oktober 2008, 19:00 Uhr
„Soziologie unter Terrorverdacht“
Podiumsdiskussion während des 34. Soziologiekon-
gresses 6.-10.10.2008 in Jena

11. Oktober 2008
Europäischer Aktionstag
„Freiheit statt Angst 2008 –
Stoppt den Überwachungswahn!“

Jeden letzten Donnerstag im Monat findet jeweils
um 19 Uhr im Haus der Demokratie u. Menschen-
rechte Berlin, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder
Str. 4, 10405 Berlin, eine

„Republikanische Vesper“
statt – mit Käse/Brot -Wein/Wasser.

Veranstalter:
*„Ossietsyky“, Internationale Liga für Menschen-
rechte, Humanistische Union, Republikanischer An-
wältinnen- und Anwaltsverein,
Stiftung Haus der Demokratie*

**„Man muss das Unrecht auch mit schwachen
Mitteln bekämpfen“**

(Bertold Brecht, Aufsätze über den Faschismus)

Diese Verpflichtung gilt – mit leider wieder zuneh-
mender Dringlichkeit – nach wie vor. Die Liga ver-
sucht, ihr nachzukommen und ist auf Ihre Hilfe an-
gewiesen. Wir bitten deshalb um Spenden.